

Der Kampf für Mehr Personal und TVöD für Alle bei Vivantes und Charité in Berlin



Beiträge zur Bilanz und zu den Erfahrungen einer
ungewöhnlichen gewerkschaftlichen und politischen
Mobilisierung im Gesundheitswesen

herausgegeben vom
Politischen Arbeitskreis Gesundheit Berlin
in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift
Soziale Politik & Demokratie

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Die erste Etappe...	5
Charité Facility Management GmbH (CFM): Tarifabschluss nach einem mehrwöchigen Streik	9
Vivantes Service GmbH (VSG): Another Brick in the Wall...	11
Der Kampf für „Mehr Personal und TVöD für Alle“	12
Streiknotizen. Ein Tagebuch vom 20.08. bis 29.10.2021	17
Das Wenckebach-Klinikum muss bleiben	26
Berlin: Gesundheitsstadt 2030. Mega-Fusion von Charité und Vivantes: Öffnung für die Privatisierung	29
Die respektlosen Angriffe auf das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht sind alarmierend und können nicht unwidersprochen bleiben	33
Resolution der Videokonferenz des Politischen Arbeitskreises Gesundheit am 30. Oktober 2021: Für die Verteidigung und Wiederherstellung der öffentlichen Krankenhäuser	39

Was ist der Politische Arbeitskreis Gesundheit?

Politischer Arbeitskreis Gesundheit

TVöD für alle - mehr Personal - Rückführung der Tochterbetriebe - ausreichende Investitionen
Verwirklichung des Prinzips: Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag

www.arbeitnehmerpolitik.de

Kontakt: PAK-Gesundheit@t-online.de

Grundlage der Diskussion der *Politischen Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik* sind die Kämpfe der Arbeiterschaft und Jugend für ihre unabhängigen Forderungen, zur Verteidigung und (Wieder-)Eroberung der historischen Errungenschaften des Sozialstaates, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Demokratie.

Auf Treffen des *Politischen Arbeitskreises Gesundheit (PAG)* tauschen gewerkschaftlich und politisch aktive Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitswesen die Erfahrungen aus ihren Kämpfen aus, um zusammen die Lehren daraus zu ziehen. Informiert uns von euren Diskussionen, zum Beispiel in euren gewerkschaftlichen Betriebsgruppen. Schickt uns eure Beiträge zur aktuellen Lage und von euren Erfahrungen. Und vor allem: Nehmt an unseren Treffen teil. Lasst uns gemeinsam handeln.

Kontakt: PAK-Gesundheit@t-online.de

Webseite: arbeitnehmerpolitik.wordpress.com/politischer-arbeitskreis-gesundheit/

Redaktion

An der Erstellung dieser Broschüre haben mitgewirkt: Gotthard Krupp, Mario Kunze, Volker Prasuhn, Charlotte Rutz-Sperling, Daniel Turek und weitere Kolleginnen und Kollegen

Impressum

V.i.S.d.P.: Gotthard Krupp, E-Mail: gotthardkrupp@t-online.de

Einleitung

Mitten in der Pandemie, in den Jahren 2020 und 2021, eskaliert in Berlin in den öffentlichen Krankenhäusern der Charité und von Vivantes ein gemeinsamer Kampf für „Mehr Personal und TVöD für Alle“, der in der Stadt, aber auch bundesweit, ein breites Echo erfahren hat.

Dieser Kampf war immer von dem Willen getragen, zur Wiederherstellung einer funktionsfähigen Gesundheitsversorgung beizutragen.

Und dieser Kampf war erfolgreich. Wie konnten diese Erfolge erreicht werden und worin liegt der Erfolg?

1.

Die Kolleginnen und Kollegen der Charité und von Vivantes, sowie aller Vivantes-Tochterbetriebe haben gemeinsam gehandelt.

Die Kolleginnen und Kollegen der Charité-Tochter CFM waren nur deshalb vordergründig nicht dabei, weil sie gerade einen Durchbruch im Kampf gegen die prekäre Arbeit erreicht hatten. Wie die CFM-Beschäftigten waren die des Labor Berlin solidarisch. Am Widerstand der Labor-Geschäftsführung scheiterte deren Integration in einen erfolgreichen Abschluss.

Das gemeinsame Agieren war nicht selbstverständlich, denn normalerweise werden Kämpfe für konkrete Tarifverträge geführt, also ein Tarifkampf für die Charité, einer für Vivantes und spezifisch für jeden Tochterbetrieb. Alle diese Kämpfe zusammenzuführen, war ein großer Fortschritt.

2.

Es waren die richtigen Forderungen, die es erst ermöglichten, dass die gewerkschaftliche Mobilisierung, gestützt auf ver.di Betriebsgruppen und in der „heißen Phase“ auf gewerkschaftliche Teamdelegierte aus den Krankenhäusern und von den Stationen seine Kraft entwickeln konnte.

Die Forderungen waren:

„Mehr Personal“, d.h. Neueinstellung von notwendigem, zusätzlichem Personal sowie die Regelung seiner Finanzierung.

„TVöD für Alle“, d.h. Nein zu prekärer Arbeit, die Verwirklichung des Prinzips *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit* und damit die Integration in den großen Flächentarifvertrag.

Mit diesen Forderungen konnte auch eine Brücke zu den Patient*innen geschlagen werden, wie auch zur Bevölkerung insgesamt.

3.

Formal und oberflächlich betrachtet, richteten sich die Forderungen zunächst an die Geschäftsführungen von Charité und Vivantes. Aber den Fortschritt und eine Lösung hätte es nicht gegeben, wenn sich die Beschäftigten nicht von vornherein an den „eigentlichen Arbeitgeber“, den Senat von Berlin, gerichtet hätten und an die Vertreter*innen der Legislative, die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses.

Dazu kommt, dass der Streik in die Zeit vor den Abgeordnetenhauswahlen fiel. Es gab eine direkte Einmischung in die Wahlen. „TVöD noch vor der Wahl“ und „Mehr Personal noch vor der Wahl“ waren die oft skandierten Losungen.

Man vertraute nicht irgendwelchen Versprechungen für die Zeit nach der Wahl, sondern wollte ein Ergebnis vor der Wahl. Selbst wenn die Abschlüsse schließlich später kamen, sie wurden vor der Wahl erkämpft.

4.

Die Geschäftsführungen, die den Kolleg*innen immer wieder nicht nur mit Ignoranz und Respektlosigkeit begegnet sind, sondern direkt arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Angriffe bis hin zur Torpedierung des Streikrechts durchgeführt haben, haben eine konsequente Antwort durch die Kolleg*innen erhalten, die besagt: Wir können uns das Streikrecht erkämpfen.

Und man muss klarstellen, alle Vertreter*innen des Senats wie der Geschäftsführungen haben die große Mobilisierung unterschätzt, ebenso die Unterstützung aus der Bevölkerung.



Die gemeinsame Charité/Vivantes-Kampagne im Jahr 2021 hat eine Vorgeschichte...

Der Kampf für die Rückführungen der Therapeut*innen bei Vivantes und Charité hat für die Auseinandersetzung eine wichtige Rolle gespielt. Kann man den Kampf für sogenannte „nicht tariffähige“ Forderungen führen? Deshalb steht am Anfang in dieser Broschüre eine Zusammenfassung dieses Kampfes (Beitrag *Die erste Etappe*, Seite 5f.).

Bei der Vivantes Service GmbH (VSG) gelang es bereits 2018 die Tariffucht einer ausgegründeten Krankenhaus-Servicegesellschaft nach einem 51-tägigen Streik mit einem Tarifvertrag zu beenden.

Es folgten die Streiks bei der Charité-Tochter Charité Facility Management (CFM), die 2020/21 ihren Höhepunkt erreichten und zum Tarifabschluss führten. Gestützt auf die Erfahrungen der Therapeut*innen und bei der VSG fand hier trotz Pandemie-Bedingungen eine harte Auseinandersetzung statt. Dennoch war der Streik und der Abschluss bei der CFM der erste Durchbruch bei einem landeseigenen Großbetrieb (mit circa 3000 Mitarbeiter*innen) in dieser Größenordnung: raus aus dem Niedriglohn, raus aus der prekären Arbeit, zurück zum Tarifvertrag, auf dem Weg zum TVöD.

Der Erfolg dieses Kampfes hat die Beschäftigten bei allen Vivantes-Tochterbetrieben ermutigt. Dazu haben wir ein Flugblatt aufgenommen. Auf der Homepage des *Politischen Arbeitskreises Gesundheit* können die Etappen des Kampfes sehr gut nachvollzogen werden.

Die vorliegende Broschüre soll dazu dienen, die Erfahrungen und die Bilanz noch einmal darzustellen – aus der Perspektive der Kolleginnen und Kollegen, die sich im *Politischen Arbeitskreis Gesundheit* engagiert haben. Dies ist aber keine Perspektive von außen, denn wir waren immer Teil dieses Kampfes.

In dem *Politischen Arbeitskreis Gesundheit* haben sich Kolleginnen und Kollegen zusammengefunden, die in den Krankenhäusern arbeiten und dort gewerkschaftlich aktiv sind. Für sie ist aber auch klar, dass ohne politische Initiativen der Kampf nicht erfolgreich geführt werden kann.

Die Erfahrung in der Charité und bei Vivantes hat gezeigt, was viele seit Jahren in Abrede gestellt haben: Es ist möglich, die Krankenhäuser zu mobilisieren! Die Beschäftigten in den Krankenhäusern verteidigen das Gesundheitswesen als Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge gegen die zerstörerischen Angriffe, die das

Gesundheitswesen seit Jahren dem Wettbewerb und den Profitinteressen der Finanzmärkte ausgeliefert haben und noch brutaler unterwerfen wollen.

Wie weiter?

Die Kolleginnen und Kollegen waren auf einer bestimmten Etappe erfolgreich, doch wie wird es weitergehen: Wird es mit dem erkämpften Tarifvertrag wirklich mehr Personal geben oder wird der Bettenabbau nur noch verheerender fortgesetzt?

Dazu zeichnet sich ab: Bei der Umsetzung des Tarifabschlusses für die Tochterbetriebe versuchen die Geschäftsführungen über schlechte Eingruppierungen erneut zu „sparen“ und das Erreichte wieder zu schmälern.

Hinzu kommen die Einschüchterungen und Repressalien gegen aktive Kolleg*innen, die bis hin zu Kündigungen gingen.

Dagegen gibt es nur ein Mittel: die unabhängige gewerkschaftliche Organisation in Betriebsgruppen, gemeinsam mit ver.di, unserer Gewerkschaft.

Aber um handeln zu können, brauchen wir die politische Diskussion.

Deshalb enthält diese Dokumentation ein Flugblatt, das gerade (Ende Januar 2022) erschienen ist und hervorgegangen ist aus einer gemeinsamen Diskussion mit Kolleg*innen aus Hessen.

Es wirft die Frage auf:

Brauchen wir nicht einen bundesweiten Tarifkampf 2022, organisiert von ver.di, für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für „Mehr Personal“?

- Für Neueinstellung von notwendigem, zusätzlichem und finanziertem Personal!
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Bereichen kommunaler Krankenhäuser und somit einer echten Rückkehralternative für die, die ihrer Berufung den Rücken gekehrt haben!
- Aufhebung aller prekären Beschäftigung! Rückführung der ausgegliederten Betriebe in die Krankenhäuser!
- Sofort Stopp aller Pläne zu Schließungen und Privatisierungen von Krankenhäusern!
- Kein Bettenabbau! Keine Verlagerung von Betten aus den öffentlichen Krankenhäusern zu den privaten!

Mit den Beiträgen dieser Broschüre...

... in Form von Artikeln, dokumentierten Flugblättern und einer Resolution erheben wir nicht den Anspruch einer lückenlosen Dokumentation der Ereignisse der vergangenen Auseinandersetzung.

Vielmehr verstehen wir diese Zusammenstellung als Beitrag zu einer politischen Diskussion der Erfahrungen. Deshalb beinhaltet diese Broschüre auch keine Bewertung der erzielten Tarifverträge im Einzelnen, sondern beurteilt diese aus der Sicht der erreichten Fortschritte im einem politischen Kampf für die Verteidigung und Wiederherstellung der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Diesem Ziel sollten auch die Flugblätter dienen, die in den vergangenen zwei Jahren entstanden sind und von denen wir in dieser Broschüre eine Reihe, zum Teil in Auszügen dokumentieren. Diese Flugblätter sind auf der unserer Webseite zu finden:

arbeitnehmerpolitik.wordpress.com/politischer-arbeitskreis-gesundheit/

Die erste Etappe ...

Überblick

Die Rückführung der Therapeut:innen der Charité-Tochter, CPPZ, und der Vivantes Tochter, VTD, war ein Prozess. Sie müssen zusammen gesehen werden. Dabei wurden Wege beschritten, die neu waren für ver.di, für die Legislative (Abgeordnetenhaus), die Exekutive (Berliner Senat) und nicht zuletzt für die Geschäftsführungen. Beide Töchter sind inzwischen aufgelöst, die Beschäftigten beider Tochterbetriebe sind im Mutterbetrieb integriert.

Dazu war nicht nur ein Beschluss des Abgeordnetenhauses notwendig, sondern auch ein im Abgeordnetenhaus verabschiedetes Gesetz. Bei Vivantes musste der Finanzsenator und Aufsichtsratsvorsitzende gegenüber der Geschäftsführung eine Gesellschafteranweisung geben. Alle Maßnahmen waren ungewöhnlich und wurden bisher nicht praktiziert. Bei der Charité dagegen folgte der Aufsichtsrat »freiwillig« der Vorgabe der Rückführung. Das war eine neue Erfahrung für alle Beteiligten.

Erreicht wurde dies durch einen Kampf der Belegschaften, der mit dem Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfinstrumente, vom Protest, Demonstration bis hin zum Streik, geführt wurde. Es wurde bei der CPPZ gestreikt – zwar nur für den vollen TVöD und nicht für die Rückführung, womit diese Forderung aber durchaus indirekt gemeint und aufgestellt wurde. Es gab zugleich Aktionen und, gestützt auf die Belegschaften, Verhandlungen mit den den Senat tragenden Parteien im Abgeordnetenhaus sowie mit den zuständigen Senator:innen. Auf allen Parteitagen der SPD, der GRÜNEN sowie der LINKEN wurden die Mitglieder mit der Frage der Rückführungen konfrontiert.

Der Grund für die Mobilisierung, die bei Vivantes von den Alt-Beschäftigten ausging und auch bei der CPPZ vielfach von diesen unterstützt wurde, war ein einfacher: Sie wollten nicht die Abwertung einer ganzen Berufsgruppe zulassen. Nicht mehr oder weniger – das war der Kern der Auseinandersetzung, aber er war von größter Bedeutung.

Am Anfang stand ein »Nein« der Tarifkommission von Vivantes

Als die Ausgründung bei der VTD begann, richtete ver.di, wie absolut üblich, eine Tarifkommission der Therapeut:innen ein, die einen Überleitungstarifvertrag für die Altbeschäftigten verhandeln sollte. Ziel dieser Tarifkommission sollte die Sicherung des Tarifvertrages TVöD für die Altbeschäftigten sein. Nur so, und das war jahrelange Praxis von ver.di, könne der Tarifvertrag für die Altbeschäftigten gesichert werden. Die

neu Eingestellten müssten sich dann später den TVöD erkämpfen.

Nach genau diesem Muster war fünf Jahre zuvor, begleitet von ver.di, die Ausgründung der Therapeut:innen an der Charité erfolgt.

Nach langer Diskussion entschied die Tarifkommission von Vivantes: Wir sind gegen die Ausgliederung, wir verhandeln keinen Überleitungs-Tarifvertrag mit der Geschäftsführung. Die erste Antwort der ver.di-Gewerkschaftsführung war, »dann können wir nichts mehr für Euch tun.«

Gemeinsame Organisation mit anderen Betroffenen im Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss

Gemeinsam mit prekär Beschäftigten in anderen Betrieben organisierten sich die Kolleg:innen im »Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIE BEREICHE im Verantwortungsbereich des Landes Berlin« (GA). Er hatte sich am 5. November 2015 auf einer Konferenz konstituiert, an der 150 Kolleginnen und Kollegen von ver.di, der GEW und anderen Gewerkschaften teilgenommen haben, darunter ehren- und hauptamtliche Verantwortliche aus den Gewerkschaftsvorständen und -gremien, Tarifkommissions- und Betriebsgruppenmitglieder, Vertrauensleute sowie Betriebs- und Personalräte. Er hat die Unterstützung der Vorstände von ver.di, GEW und der Deutschen Orchestervereinigung (DOV). Darin drückt sich aus, dass der Kampf gegen prekäre Arbeit in der Verantwortung der gesamten gewerkschaftlichen Organisation liegt.

Fachbereichs- und gewerkschaftsübergreifend kämpfen Gewerkschafter:innen seither für das gleiche Ziel: die Aufhebung staatlich organisierter prekärer Arbeit. Das verbindet sich mit der Forderung nach (Re-) Integration in Tarifverträge, Aufhebung von Ausgliederungen, Abschaffung befristeter Beschäftigungsverhältnisse. Es kann keine sicheren Arbeitsverhältnisse geben, solange es noch prekäre Arbeit gibt. Tatsächlich finden tagtäglich weiterhin Ausgründungen zum Zwecke der Tariffucht statt, prekäre Arbeit wird weiter ausgeweitet.

Durch die Arbeit des gewerkschaftlichen Aktionsausschusses blieb die Frage der Rückführung der VTD-Beschäftigten in den Mutterbetrieb immer präsent. Die Therapeut:innen beteiligten sich an den Aktionen und Delegationen des GA, gemeinsam mit GEW und ver.di. Dabei stützten sie sich auf Streiks und Aktionen in anderen Bereichen, wie z.B. die Kämpfe beim Botanischen Garten oder den Kinder- und Jugendambulanzen. Die Kolleg:innen der CPPZ schlossen sich diesem

Dokumente des Kampfes des in diesem Beitrag erwähnten Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses *Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin (GA)* sind zu finden unter www.ga-prekaere-arbeit.de.

Das „Prekär-Bär“ Logo des GA wurde zum Symbol des gewerkschaftlichen Kampfes gegen prekäre Arbeit und Tarifflicht in Berlin.



Kampf an und waren an den Aktionen beteiligt. Dadurch ergab sich eine enge Zusammenarbeit zwischen den Therapeut:innen bei Vivantes und Charité.

Das war die Basis für den Kampf um die Rückführung der zum Zwecke der Tarifflicht ausgegliederten VTD-Therapeut:innen. Die Geschäftsführung stellte neue Kolleg:innen ausschließlich in die VTD ein, mit Lohnabschlägen bis zu 800 Euro und ohne Betriebsrente. Nur langsam erkannten die neu eingestellten Kolleg:innen, wie wichtig die gewerkschaftliche Organisation ist. Aber hier nahmen Kolleg:innen der CPPZ einen wichtigen Platz ein, denn sie gründeten einen eigenen Betriebsrat und eine ver.di-Tarifkommission und forderten Tarifverhandlungen. Sie streikten zuletzt für den TVöD, gestützt auf die Kolleg:innen der VTD konnten sie die Frage der Rückführung in die Charité in ihren CPPZ-Streik einbringen.

Letztlich war der Erfolg eindeutig. VTD und CPPZ wurden zurückgeführt. Die Wege dorthin unterschieden sich aus historischen Gründen, aber die Therapeut:innen erkannten das Gemeinsame und unterstützten sich gegenseitig.

Um die ganze Bedeutung dieses Erfolges zu verstehen, müssen wir auf den politischen Rahmen eingehen.

Die Agenda-Politik

Im Grundgesetz Art. 20 (1) ist das Sozialstaatsprinzip verankert: Die Bundesrepublik Deutschland ist »ein demokratischer und sozialer Bundesstaat«. Diesem Artikel 20 liegt die Erfahrung der deutschen Arbeiterbewegung mit der faschistischen Barbarei und dem imperialistischen Zweiten Weltkrieg zugrunde. Das findet seinen Ausdruck in dem Recht der Arbeitnehmer auf Gewerkschaften zur Vertretung ihrer unabhängigen Forderungen auf der Grundlage des uneingeschränkten gewerkschaftlichen Streikrechts gegen Arbeitgeber und Regierung, siehe GG Art. 9 (3) Vereinigungsfreiheit und §2 (1b) der Satzung des DGB. § 2 (1b) Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften sind demokratisch aufgebaut ... Sie sind unabhängig von Regierungen, Parteien, Religionsgemeinschaften, Verwaltungen und den Arbeitgebern.

Auf das Thema »uneingeschränktes gewerkschaftliches Streikrecht« gehe ich unten noch ein.

Auf Grundlage des Sozialstaatsprinzips und der Unabhängigkeit der Gewerkschaften konnte die Arbeiterbewegung in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit hohe Errungenschaften erkämpfen: z.B. soziale Sicherungs-

systeme, den öffentlichen Dienst (Bahn, Post ...) und die öffentliche Daseinsvorsorge wie das öffentliche Bildungssystem sowie das Gesundheitswesen. Deren Rückgrat ist das Bestehen der großen, von den Gewerkschaften garantierten Flächentarifverträge.

Unter dem Druck des internationalen Finanzkapitals propagierte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder 2003 im Namen »Umbau des Sozialstaates« seine Agenda-Politik, im Klartext die Demontage der sozialen Sicherungssysteme und die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse unter dem Gebot einer harten Sparpolitik. Diese Politik hatte den Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, Profit und Kostenminimierung im Öffentlichen Dienst gerichtet. Sie wurde von allen nachfolgenden Regierungen bis heute von der jetzigen Großen Koalition fortgesetzt.

Die von Schröder eingeführte Agenda-Politik konzentriert sich in zwei Rahmengesetzen: der Schuldenbremse und der Senkung der Lohnkosten durch die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Zersetzung der Flächentarifverträge, der allgemeinen Tarifflicht. Das diente der Steigerung des Profits, der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der Rendite für global agierende Finanzinvestoren.

Die rigide Sparpolitik unter dem Diktat der Schuldenbremse beinhaltet die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme, die brutalen Rentenkürzungen und damit Altersarmut. Sie bedeutet das Kaputtsparen von Krankenhäusern durch die Vorenthaltung der für Investitionen notwendigen Finanzmittel, sie erzeugte den maroden Zustand von Schulen und Kommunen und erzwang das Wegsparen von Personal, bis zum dramatischen Personalnotstand in vielen Bereichen, dem die Schließung von ganzen Einrichtungen folgte.

Unter dem Druck der Schuldenbremse wurde und wird die Flucht aus den Tarifverträgen durch Privatisierungen und Ausgliederungen vorangetrieben.

In den Auswirkungen von Schuldenbremse und Deregulierung erkennen wir alle Angriffe auf unsere Errungenschaften. Dagegen richten sich unsere Kämpfe.

Das Kaputtsparen der öffentlichen Krankenhäuser

Das Gesundheitswesen ist davon besonders betroffen. Die Notstandssituation in den öffentlichen Krankenhäusern, Ergebnis einer jahrelangen Kostensenkungspolitik, verschärft sich täglich mehr. Die Krankenhäuser sind durch die Sparpolitik und den Dumpingwettbewerb bei Lohn und Versorgungsleistungen in der Erfül-

lung ihres Auftrags, eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, bedroht.

Diese Politik hat eine Spur der Verwüstung gezogen: Personalnotstand, Tariffucht in jeglicher Form, am schlimmsten in privatisierten Krankenhäusern und Altenheimen, Lohndumping und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Bettenabbau und Schließungen von Krankenhäusern und Krankenhausabteilungen. Zentrale Mittel waren und sind

- die Einführung des DRG-Systems (Fallpauschalen) 2003;
- das Krankenhausstrukturgesetz 2016.

Die Politik aller Landesregierungen ist durch die Verweigerung der notwendigen Investitionsmittel verantwortlich für einen gigantischen Investitionsstau im Gesundheitswesen.

Der Satz der Therapeut:innen: »Wir lassen die Abwertung der therapeutischen Berufe nicht zu!«, war somit gegen diese gesamte Agenda-Politik gerichtet. Sie haben mit ihrem gewerkschaftlichen Kampf mit ver.di einen Beitrag für die Verteidigung und Wiederherstellung der historischen Errungenschaften des Sozialstaates, hier der Krankenhäuser, geleistet.

Das eingeschränkte Streikrecht in Deutschland

Aber warum ist ein gewerkschaftlich organisierter Kampf bis hin zum Streik gegen Personalnot und Tariffucht so schwierig in Deutschland und nicht alltägliche Praxis?

Blicken wir dazu kurz nach Frankreich, nicht weil die Kolleg:innen dort besser und kämpferischer sind, sondern weil sie andere Rahmenbedingungen haben. Im Dezember 2019 streiken die Eisenbahner der SNCF und die Beschäftigten des Pariser Nah- und Regionalverkehrs RATP. Zahlreiche weitere Sektoren, Lehrer, Häfen und Docks, Raffinerien, Anwälte, Beschäftigte der Chemieindustrie, des Louvre und der Oper ..., sind in den Streik getreten. Millionen Menschen vereinen sich mit ihnen in Demonstrationen gegen den Präsidenten Emmanuel Macron und für die Rücknahme seiner Reform zur Zerschlagung des Rentensystems, einer historischen Errungenschaft der französischen Arbeiterklasse. Doch welche Lehre können wir aus diesen Streiks ziehen?

Für ihren hartnäckigen Streik gegen die Regierungspolitik können sich die französischen Arbeiter:innen auf lange und vielfältige Streikerfahrungen stützen – gegen strategische Entscheidungen der Unternehmer und öffentlichen Arbeitgeber, gegen Entlassungen, Schließungen und Privatisierungen und gegen die Sparpolitik der Regierungen gegen Krankenhäuser, Schulen – wie gegen das Personal.

Solche Streiks sehen wir in ganz Europa. Deutschland ist in dieser Streiklandschaft wie ein blinder Fleck. Hier sind seit dem »Historischen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit« von 1952 gewerkschaftlich organisierte Streiks nur für nach Tarifgesetz geregelte tarif-

vertragsfähige Forderungen zugelassen. Die Gewerkschaftsführungen respektieren seitdem das Verbot gewerkschaftlicher Streiks gegen strategische Entscheidungen privater und öffentlicher Arbeitgeber, ebenso gegen Regierungsgesetze und -entscheidungen. Diese weitgehende Unterdrückung des gewerkschaftlichen Streikrechts durch eine reaktionäre Rechtsprechung ist ein Verstoß gegen die vom deutschen Grundgesetz garantierten demokratischen Grundrechte: Das Grundgesetz garantiert das umfassende, uneingeschränkte Streikrecht und die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit. Es gibt den Gewerkschaften damit eine Stellung als Pfeiler der Demokratie.

Unsere Gewerkschaftsführungen respektieren dieses Verbot dennoch bis heute, denn sie dürfen sich stattdessen in der sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung in den Betrieben und in der politischen Mitbestimmung bei Gesetzgebung und Regierungstätigkeit austoben. Diese Mitbestimmungstätigkeit läuft – in welcher Form auch immer – auf eine, wie sie es formulieren, »sozialverträglich gestaltende« Begleitung der zerstörerischen arbeitnehmerfeindlichen Entscheidungen von Unternehmern und Regierung hinaus.

Konkret wurde es durch das übliche gewerkschaftliche Vorgehen umgesetzt, die Altbeschäftigten in Überleitungstarifverträgen abzusichern und neu eingestellte Kolleg:innen ungeschützt dem Lohndumping auszusetzen. Die Jobcenter unterstützten maßgeblich die Abwertung der Lohnerwerbsarbeit durch die Prämisse: Jede Arbeit ist zumutbar. Gemeint war: Jede noch so schlechte Entlohnung ist zumutbar. Das »Verbot« des Streiks gegen unternehmerische Entscheidungen ist in diesem Kampf der Therapeut:innen praktisch durchbrochen worden.

Kampf für Flächen- und Branchentarifverträge auf dem ver.di-Bundeskongress 2019

In gewisser Weise wurde auf dem ver.di-Bundeskongress im Herbst 2019 sichtbar, wie sehr die Fragen sich zu verallgemeinern beginnen. Die Flächen- und Branchentarifverträge standen im Mittelpunkt des Bundeskongresses. Schon in seinem Rechenschaftsbericht ging der damalige ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske ausführlich darauf ein. Während es noch auf dem Kongress 2015 immer wieder hieß, dass die Tarifpolitik die Aufgabe der Fachbereiche sei – also nicht die eines Bundeskongresses – stellte diesmal Frank Bsirske die Tarifentwicklung in den Vordergrund. Ausführlich schilderte er Beispiele, in denen Bereiche den Tarifvertrag verteidigt bzw. einen Flächen- oder Branchentarifvertrag wieder erkämpft haben. Er betonte, dass »trotz Boomphase immer noch ein Viertel aller Lohnabhängigen in Deutschland zu Niedriglöhnen« arbeitet. Der Wille der Kolleg:innen, die Flächen- bzw. Branchentarifverträge zu verteidigen, bzw. für ihre Wiederherstellung zu kämpfen, ist enorm stark. Frank Bsirske sagte dazu in einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« vom 13.9.2019: »Von den 129 Streiks, die ver.di im vergangenen Jahr geführt hat, hatten fast 40 Pro-

zent das Ziel, Tarifflicht zu verhindern oder Tarifverträge wieder durchzusetzen.« Der Grund dafür war einfach: Frank Bsirske hat nichts beschönigt: »Waren im Westen noch Anfang der neunziger Jahre über 80 Prozent aller Beschäftigten tarifgebunden, sind es zurzeit gerade noch 59 Prozent und im Osten gar nur noch 46 Prozent.« Diese katastrophale Entwicklung hat weitreichende Auswirkungen auch für ver.di. Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 hat ver.di 800.000 Mitglieder, also fast 30%, verloren. Die Zersetzung des Flächentarifvertragssystems bezahlt die Gewerkschaft mit einer radikalen Schwächung ihrer Kampfkraft.

Sicherlich hat das die verschiedensten Ursachen. Dazu gehört besonders die von Schröder initiierte Agenda-Politik. Nicht zu Unrecht wurde auf dem Gewerkschaftstag dem durch die »Agenda-Reformen befeuerten Unterbietungswettbewerb« der Kampf angesagt.

Das verbindet sich mit einem klaren Bekenntnis zu den Flächen- und Branchentarifverträgen. Dort, wo ursprünglich im Antrag des Gewerkschaftsrates das unverbindliche Bekenntnis zur »Guten Arbeit« und »Tarifbindung« stand, heißt es jetzt: »Der Flächen- bzw. Branchentarifvertrag ist das zentrale Instrument zur Aufhebung bzw. Einschränkung der Lohnkonkurrenz zwischen den abhängigen Beschäftigten wie zwischen den Unternehmen.

Er schafft soziale Sicherheit, Rechtssicherheit und er bildet die Gestaltungsgrundlage für die Arbeitsbeziehungen. Der Flächentarifvertrag als Rückgrat des Tarifsystems ist zunehmend bedroht.« Ausdrücklich wird das Ziel der »Verteidigung der Flächen- bzw. Branchentarifverträge und ihrer Rückeroberung« genannt. Der Kongress 2015 war an dieser Stelle nicht so klar, was damit begründet wurde, dass Tarifpolitik nicht Aufgabe des Kongresses, sondern satzungsgemäß Sache der einzelnen Fachbereiche sei.

Insofern ist der Kampf in der Berliner Charité Ausdruck einer Gesamtbewegung und hat diese zugleich auf die Spitze getrieben.

Resümee

In ihrem Kampf haben die Therapeut:innen sowohl unabhängig als auch mit ihrer Gewerkschaft ver.di die Forderung nach Rückführung definiert, die nicht den Rahmen der Agenda-Politik akzeptierte. Es war keine tariffähige Forderung. Die Forderung nach der Rückführung war die einzige Möglichkeit, die Abwertung der therapeutischen Berufe zu verhindern. Es war ein unabhängiger Kampf, in dem die Forderungen nicht allein an die Geschäftsführungen gerichtet wurden, sondern auch an den Senat und das Abgeordnetenhaus als den eigentlichen Arbeitgeber.

Damit wurde gewissermaßen auch das Streikrecht ausgeweitet.

Auf dieser Basis fanden Gespräche mit den politisch Verantwortlichen statt. Der Kampf integrierte sich nicht in die »sozialverträgliche« Begleitung eines Prozesses in Form von Überleitungstarifverträgen, der die Abwertung für altbeschäftigte Arbeitnehmer sozial abfedert; einer Begleitung, die besonders durch Einbindung von ver.di in Regierungskommissionen manifestiert wurde.

Vor diesem Hintergrund ist der Kampf der Therapeut:innen eine Erfahrung, ein kleiner Beitrag, der dazu führen muss, die Strategie der Gewerkschaft zu überdenken. Es geht darum, die sozialstaatlichen Errungenschaften zu verteidigen oder wieder-herzustellen. In dieser Dimension müssen wir unsere Kämpfe an den Krankenhäusern gegen Personalnot und Tarifflicht und für »TVöD für alle« verstehen.

Gotthard Krupp

Dieser Beitrag wurde im Februar 2020 abgeschlossen und zuerst veröffentlicht in:

Reinhold Niernerg u.a., Das Ende der Angst. Charité Berlin: „Outgesourcte“ Therapeut:innen erstreiten die Rückführung, VSA Verlag Hamburg, 2021



Charité Facility Management GmbH (CFM):

Erst ein mehrwöchiger Streik in einer jahrelangen harten Auseinandersetzung bringt den Tarifabschluss...

VSG = Tariffreie Zone. Das war gestern! Tarifvertrag erkämpft im Jahr 2018 nach 51 Tagen Streik. Mutmachender Vorreiter für die folgenden Kämpfe in den ausgegründeten Tochterfirmen.
CFM = Tariffreie Zone. Das war gestern! Seit dem 22. April 2021 ist sie es nicht mehr. Ein erster Schritt in Richtung TVöD. Endpunkt einer fast zwei Jahre währenden, in Teilen sehr heftigen Tarifauseinandersetzung mit allein 85 Streiktagen 2020. Vorläufiger Schlusspunkt unter eine fast 10-jährige Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag, den die Kolleg*innen mit ca. 98% zustimmten.

Flugblatt des Politischen Arbeitskreises Gesundheit vom 17. März 2021

Ein großer Schritt aus dem Niedriglohn, ein Schritt in den TVöD! Das Ende einer tarifvertragsfreien Zone!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die ver.di Tarifkommission der Charité / CFM hat das Schlichtungsergebnis veröffentlicht und erklärt, „dass unter den gegebenen politischen und finanziellen Rahmenbedingungen in der Schlichtung das überhaupt maximal Erreichbare herausgeholt wurde.“ Damit empfiehlt sie den ver.di Mitgliedern im Betrieb die Annahme des Schlichtungsergebnis.

Dafür gibt es gute Gründe:

- Es ist eine Realloohnerhöhung für alle – und das in einer Zeit, in der die Reallöhne sinken oder stagnieren.
- Es ist ein Tarifvertrag auf dem Weg zum TVöD, in dem alles geregelt ist.

Aber:

- Es ist nicht der TVöD.
- Die Arbeitskämpfmaßnahmen der Arbeitgeberseite, insbesondere die Fremdvergabe an die Firma GO! Express & Logistics sowie die beiden Kündigungen der Verhandlungskommissionsmitglieder sind nicht zurückgenommen.

Erinnern wir uns:

Die Gründung der CFM vor 15 Jahre unter dem roten Senat hatte zum Ziel, breite Teile der Beschäftigten und Aufgaben des Krankenhauses Charité zu privatisieren. Damit war die Schaffung von tarifvertrags- und gewerkschaftsfreien Zonen in der Charité verbunden, zur Bereicherung einiger weniger Privater.

Durch die gewerkschaftliche Organisierung, durch den gewerkschaftlichen Kampf wurde viel erreicht:

- Das Ende der Beteiligung privater Investoren an der Charité / CFM. Seit dem 1. Januar 2019 gehört sie zu 100 % der Charité und ist damit wieder ein komplett landeseigener Betrieb.
- Das Ende der tarifvertragsfreien und gewerkschaftsfreien Zone in der Charité / CFM.

- Ein Haus-Tarifvertrag, der sich an Inhalt und Strukturen des TVöD orientiert und sich diesem deutlich annähert.
- Ein kompletter Manteltarif- sowie ein Entgelttarifvertrag, der zwischen 88 % und 90 % des Tarifniveaus des TVöD erreicht. Damit wurde das undurchschaubare „Nasenprinzip“, auf das sich die Geschäftsführung gestützt hat, um die Kolleg*innen gegeneinander auszuspielen, abgelöst. Es werden geordnete Verhältnisse hergestellt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Religion.

Das ist das Ende der tarifvertragsfreien und gewerkschaftsfreien Zone in der Charité / CFM.

Der Kampf ist noch nicht zu Ende!

Er ist erst zu Ende, wenn die CFM aufgelöst und wieder alle ihre Betriebsbereiche in die Charité integriert sind.

Wir bleiben dabei: Die Charité ist EIN Krankenhaus!

Es wird weiterhin Probleme bei der Umsetzung des Tarifabschlusses für die Charité / CFM geben, wie die Fragen der Eingruppierung und der Interpretation des Tarifvertrages. Der Tarifvertrag kann unterlaufen werden durch Arbeitsverdichtungen, Fremdvergaben und weiteres Outsourcing. Das wäre ein Angriff auf den Tarifvertrag.

Die ver.di Betriebsgruppe wird sicherlich auf die korrekte Umsetzung des Tarifergebnisses für die Charité / CFM achten.

Es ist für Alle verhandelt worden, es gibt ein Ergebnis für Alle, es muss für Alle umgesetzt werden.

Dafür braucht die Belegschaft eine starke Gewerkschaft ver.di.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >

> Fortsetzung von der vorherigen Seite

Die Rücknahme der Kampfmaßnahmen des Arbeitgebers muss noch erkämpft werden!

Das heißt die Rücknahme der Kündigungen von Daniel Turek und Christian Haberland.

Daniel Turek hat unbezahlt, als mit Hausverbot versehener Kollege, die Verhandlungen in der Schlichtung mitgeführt. Das nennen wir Solidarität und Einsatz für die Interessen der Beschäftigten.

Der Tarifkampf ist nicht beendet, bis die Wiedereinstellung von Daniel Turek und Christian Haberland erfolgt ist.

Jede(r) Kolleg*in im Betrieb weiß, dass sich die Geschäftsführung bei ihrem Angriff auf die ver.di Verhandlungskommission auf eine Mehrheit im Betriebsrat und den Betriebsratsvorsitzenden stützen konnte. Jede(r) Kolleg*in weiß, dass diese Aktion den Kampf der Belegschaft für den TVöD sehr erschwert hat.

Jede(r) Kolleg*in weiß, dass diese Mehrheit ihre tagtäglichen Aktionen gegen ver.di Betriebsräte, die gegen die Kündigungen gestimmt haben, fortsetzt.

Das kann kein Kollege, keine Kollegin akzeptieren.

Diese Mehrheit im Betriebsrat ist aufgerufen, sich für die Solidarität der Gewerkschaft und der Belegschaft zu entscheiden. Das verlangt, dass sie sich öffentlich für die Aufhebung der Kündigungen von Daniel Turek und Christian Haberland einsetzt.

Respekt vor dem gewerkschaftlichen Kampf heißt:

Wiedereinstellung von Daniel Turek und Christian Haberland!

Solidarität

mit den Kolleginnen und Kollegen
der Charité Facility Management GmbH

CFM,

die von Entlassungen, Repressionen und
Einschüchterungen betroffen sind!



Die gewählte und bestätigte Verhandlungskommission
vorne: Christian Haberland, Sáscha Kraft, Marco Pawlik,
Katharina Wehnhöfer, Daniel Turek

- Stellungnahmen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen
- Beschlüsse und Stellungnahmen von ver.di Gremien
- Unterschriftensammlung: Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der CFM, die von Entlassungen, Einschüchterungen und Repressionen betroffen sind!
Mit einer Liste der Unterzeichner*innen
- Eine starkes Echo der Solidarität: Solidaritätsschreiben aus Kliniken, Gewerkschaften, Parteien, ...
- 14 Jahre Tarifflicht: Die CFM seit 2006
- Chronik des ver.di Tarifkampfes bei der CFM seit 2016
- Dokumente zum Hintergrund der Ereignisse

Spendenbeitrag: 5 Euro

Die Broschüre *Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der CFM...* ist im Januar 2021 erschienen. Das anti-gewerkschaftliche Vorgehen der CFM-Geschäftsführung ist auf breite Empörung gestoßen und hat eine enorme Welle der Solidarität mit den betroffenen Kollegen ausgelöst. Dies belegt die Dokumentation auf 36 A4-Seiten mit Informationen zu den Ereignissen, Stellungnahmen, Solidaritätsadressen sowie einer Chronik des Kampfes bei der CFM. Die Broschüre kann über den PAK Gesundheit bezogen werden. Für die gedruckte Ausgabe ist ein Spendenbeitrag von 5 Euro erbeten.



1. Mai 2017: Michael Müller auf der Tribüne vor den Kolleg*innen mit ihren Transparenten



Fragen an Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

Michael Müller begrüßt den Tarifvertrag, da er „den 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CFM erhebliche Verbesserungen für Einkommen und Arbeitsbedingungen (bringt), zudem stärkt die Vereinbarung die betriebliche Mitbestimmung.“

Im Koalitionsvertrag war im Dezember 2016 festgeschrieben worden, dass sich der Senat dafür einsetzt, dass für „Tochterunternehmen, die bisher nicht tarifgebundenen sind, zügig mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung und der Angleichung an den TVöD Tarifverträge abgeschlossen werden.“ Der Senat und Michael Müller hätten entscheiden können, dass der TVöD anzuwenden ist.

Und man muss gleich die Frage stellen: Wird dieser Tarifvertrag refinanziert? Nimmt das Land Berlin seine Verantwortung wahr, und finanziert die Investitionen der Krankenhäuser so, dass diese die notwendigen Finanzmittel nicht durch Niedriglöhne „erwirtschaften“ müssen? Nimmt das Land Berlin seine Verantwortung wahr, so dass keine Kompensationen über weitere Arbeitsverdichtung und Fremdvergaben erfolgen?

Und stärkt die Vereinbarung die betriebliche Mitbestimmung? Das würde heißen, dass die Kampfmaßnahmen des Arbeitgebers zurückgenommen werden müssen. (...) Es ist unfassbar, dass Daniel Turek, der für ver.di die Verhandlungen mit geführt hat, mit Hausverbot belegt ist. Duldete der Senat das offensichtlich gewerkschaftsfeindliche Vorgehen der Geschäftsführung? (...)

Aus: Flugblatt des PAG vom 17.03.2021

Another Brick in the Wall...



Vivantes Service GmbH (VSG)

**2018:
Tariffahrt beendet.
Tarifvertrag erreicht.
Nach 51 Tagen Streik.**

»Kontakte in die lokale Politik waren für uns unabdingbar. Es hat lange gedauert, aber die vielen Aktionen bei den Parteitagungen und Aufsichtsratssitzungen haben sich am Schluss gelohnt. Jetzt arbeiten wir daran, dass die anderen Töchter nachziehen.«

Mario Kunze, Elektriker bei der VSG

Aus dem Faltblatt des ver.di Fachbereichs 03:
[Ausgegliederte Beschäftigte - zurück in die Klinik, zurück in den Tarifvertrag \(PDF, 2019\).](#)



Der Kampf für „Mehr Personal und TVöD für Alle“

2020

„Covid – 19: Der Schutz der Beschäftigten und der Patient*innen muss an erster Stelle stehen“, so lautete die Forderung Tausender Kolleginnen und Kollegen von Vivantes und Charité mit ihrer Gewerkschaft ver.di an das Berliner Abgeordnetenhaus im März 2020 überschrieben.

Schon im Frühjahr zeigte sich dramatisch, dass endlich mehr Personal, die Rückführung der Tochtergesellschaften, ausreichende Investitionen und eine bedarfsgerechte Finanzierung für die Rettung der kaputtgesparten Krankenhäuser überfällig sind. Abgeordnete aller Fraktionen unterstützten damals deutlich die Forderungen der Kolleg*innen.

Es begannen Verhandlungen von ver.di mit der Gesundheitssenatorin, die bekannt wurden als Verhandlungen für einen „Cororapakt“.

Ein halbes Jahr später war klar: Die Verhandlungen sind gescheitert. Außer einer Reihe von Schutzmaßnahmen geschah nichts.

2021

Doch die Ruhe, die sich im Herbst/Winter 2020 eingestellt hatte, war nur die Ruhe vor dem Sturm im Jahr der Bundestagswahl und der Abgeordnetenhauswahl.

Mit ihrer Gewerkschaft ver.di nehmen die Kolleginnen und Kollegen von Vivantes und Charité gemeinsam mit denen der Tochterunternehmen den Kampf wieder auf. Ihre ver.di Tarifkommissionen fordern die Arbeitgeber zu Verhandlungen auf. Die blockieren und sind zu keinem Zugeständnis bereit.

Deshalb stellen die Kolleg*innen mit ver.di dem Senat ein 100-Tage-Ultimatum für die Erfüllung ihrer Forderungen, das am 20. August ablief: Sonst wird gestreikt! Die Bevölkerung steht in ihrer breiten Mehrheit hinter den Beschäftigten. Die Versammlungen am 8./9. Juli im Stadion An der Alten Försterei mit über tausend Teilnehmer*innen haben gezeigt: Dieser Wille, dieser Aufruhr lässt sich nicht mehr eindämmen. Es folgen Demonstrationen und Kundgebungen vor dem Roten Rathaus und dem Abgeordnetenhaus. Und es kam der Streik, von dem das Tagebuch auf den Seiten 17-25 Zeugnis legt. Gestützt auf die einzigartige Mobilisierung gelingt der Durchbruch kurze Zeit nach der Wahl.

2020

Am 28.12.2020 gab es in Berlin **2.203** betriebsbereite Intensivbetten. Ein Jahr später ist mehr als die Hälfte davon verschwunden...

2021

Am 28.12.2021 gab es nur noch **1.046** betriebsbereite Intensivbetten. Sie sind zwar praktisch da, aber nicht betriebsbereit, da das Personal fehlt.



Übersversorgung im Gesundheitswesen?

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat auf dem Krankenhauspapier am 21.6. erklärt: „Wir haben Übersversorgung vor allem im Ballungsraum“, und um diese radikale Aussage etwas abzdämpfen: „und wir haben auch manche Unterversorgung.“(!)

Zu viel Pflegepersonal, zu viele Krankenhäuser und Betten?

Alle Beschäftigten im Gesundheitswesen können – und das nicht erst seit den besonderen Belastungen durch das Corona-Virus - ein Lied davon singen, wie kaputtgespart das Gesundheitswesen ist, wie unterfinanziert die Krankenhäuser sind, dass es an Personal fehlt, dass immer mehr Beschäftigte in prekäre Arbeit und Billiglohnjobs ausgegliedert wurden.

Unverantwortlich? Ja, aber es geht um mehr.

Es ist eine bewusste politische Entscheidung der GroKo, umgesetzt von ihrem Gesundheitsminister Spahn und den Landesregierungen, die Schließung und Privatisierung weiterer Krankenhäuser und den Bettenabbau, wie auch schon während der Pandemie, weiter zu fördern.

Es ist eine bewusste Politik, die öffentlichen Krankenhäuser dem mörderischen „*marktgerichten Wettbewerb*“ auszuliefern und damit in den Ruin zu treiben. Es geht ihnen offensichtlich darum, das Gesundheitswesen als Profitquelle für die großen Krankenhauskonzerne und die Finanzmärkte zu erschließen.

Konsequent hat Spahn auf dem Ärztetag (im Mai) der Forderung, die Krankenhausfinanzierung im Sinne der Daseinsvorsorge auszurichten, eine klare Absage erteilt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in Eurem Kampf für „Mehr Personal — TVöD für Alle“ geht es um die Verteidigung der öffentlichen Krankenhäuser und des gesamten Gesundheitswesens als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Mit der Forderung nach „Mehr Personal“ verbindet sich die Forderung nach Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen, "die kaum noch tragbare Arbeitsbelastung für die Beschäftigten zu reduzieren und " die Patient*innen wirklich ausreichend versorgen zu können.

Im ver.di-**Versorgungsbarometer** wurde festgehalten, "dass 75 Prozent der Beschäftigten „nicht“, „sehr eingeschränkt“ oder nur „teilweise“ ungestört die ihnen zugewiesenen Patient*innen versorgen“ konnten;

"dass 43 Prozent nach OPs die Patient*innen nicht immer engmaschig überwachen konnten;

"dass von 30 Prozent nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen eingehalten werden konnten.

Folge: Immer mehr verlassen den Beruf: 83 % der Krankenhausbeschäftigten geben an, nicht bis zur Rente in diesem Beruf zu arbeiten!

Deshalb die Forderung nach „Mehr Personal“. Das aber verlangt

"die sofortige Besetzung und Finanzierung aller nicht-besetzten Stellen! Entlastung heißt für uns nicht weniger Personal durch die Schließung von Stationen! " die sofortige Einstellung und Finanzierung von zusätzlichem Personal!

Für eine bedarfsgerechte Versorgung sind 100.000 mehr Pflegekräfte notwendig. (ver.di)

Spahn und Co erklären uns, bei Bettenabbau und Krankenhausschließungen brauchen die Krankenhäuser auch weniger Personal! Das ist so richtig wie zynisch: weniger Personal heißt weniger Patientenversorgung! Das bedeutet nichts anderes als eine neue Stufe in der Spirale der Zerstörung der Krankenhäuser!

Mit der Forderung der Beschäftigten nach „TVöD für Alle“ geht es um den gewerkschaftlich garantierten Lohn des Flächentarifvertrages und gesicherte Arbeitsbedingungen für alle: "Das Krankenhaus ist Teamarbeit, einer ist auf den anderen angewiesen." Wir stehen nicht in Konkurrenz zu einander. Darum: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. "23 % der Beschäftigten brauchen Zweit- oder Drittjobs, um über die Runden zu kommen.

Mit ihrem gemeinsamen Kampf für „Mehr Personal und TVöD für Alle“ verteidigen die Beschäftigten von Vivantes & Charité das öffentliche Krankenhaus und eine verantwortungsvolle Gesundheitsversorgung

Das erfordert die ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser durch Bund- und Länderregierungen:

- Ein Milliardenprogramm der Bundesregierung für die Rettung der Krankenhäuser;
- Die 100%ige Finanzierung der Investitionen durch den rot-rot-grünen Senat, entsprechend seiner gesetzlichen Pflicht.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >

> Fortsetzung von der vorherigen Seite

Die Beschäftigten von Vivantes und Charité haben ein 100 Tage-Ultimatum für die Erfüllung der Forderungen noch vor den Wahlen gestellt!

Sonst kommt der Streik!

Das Ultimatum läuft am 20. August ab.

Bisher gibt es noch keine Verhandlungen für „Mehr Personal“.

Die Verhandlungen für den „TVöD für Alle“ stagnieren. Die Geschäftsführungen versuchen den Kampf zu behindern.

Deshalb unterstützt den Berliner Krankenhaus-Ratschlag am 9. Juli im Stadion Alte Försterei des 1. FC Union, Haupttribüne.



Für unabhängige Arbeitnehmerpolitik

Für die Verteidigung und Wiederherstellung der sozialstaatlichen Errungenschaften

Spendenbeitrag 1 Euro

Berlin | 8. August 2021

www.arbeitnehmerpolitik.de

Beschäftigte von Charité und Vivantes mit ihrer Gewerkschaft ver.di gemeinsam für

Mehr Personal & TVöD für Alle!

Noch vor den Wahlen!

Das müssen der Senat und die Abgeordneten entscheiden

Kommt zur Kundgebung

am 19. 8. 2021, 15:30 Anhalter Bahnhof; 17.00 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Beschäftigten von Vivantes und Charité engagieren sich mit ihrer Gewerkschaft durch ihren Kampf für *Mehr Personal* und den *TVöD für Alle* für die Verteidigung der Krankenhäuser, für die Wiederherstellung und Verteidigung der qualifizierten öffentlichen Gesundheitsversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle Bürger*innen.

Die politische Verantwortung liegt in den Händen des rot-rot-grünen Senats. Dem Senat haben sie ein 100-Tage-



„Noch vor den Wahlen“, also jetzt, müssen die Weichen gestellt werden für mehr Personal und für die Beschäftigten.

Link zum Infoblatt vom 8. August 2021:

<https://arbeitnehmerpolitik.files.wordpress.com/2021/08/faltblatt-august-2021em.pdf>

Nach dem Streik von Charité/Vivantes in Berlin

Jetzt vor dem Streik in NRW und Hessen

Nur der gewerkschaftlich organisierte Kampf aller Beschäftigten der Krankenhäuser und Kliniken mit ihrer Gewerkschaft wird die Krankenhäuser wiederherstellen

ver.di Tarifikampf 2022 für mehr Personal!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nach wochenlangen und harten Streiks haben unsere Kolleg:innen von Charité und Vivantes einen Tarifvertrag für mehr Personal und für den TVöD unterzeichnet. Mit dem Tarifabschluss wurde ein erster, wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung getan. Doch die unverantwortliche Politik der Bettenschließungen, ja der Schließung ganzer Krankenhäuser geht bundesweit weiter.

Es zeigt sich, der Kampf muss bundesweit ausgeweitet werden.

Dem beispielhaften Arbeitskampf in Berlin folgen jetzt die Kolleg:innen weiterer Bundesländer, NRW und Hessen.

Die sechs Uni-Kliniken in NRW stellen ein Ultimatum für einen Tarifvertrag für mehr Personal

700 Beschäftigte aus den sechs Unikliniken in NRW haben mit ihrer Gewerkschaft ver.di auf einer gemeinsamen Konferenz am 19.1. ein 100 Tage- Ultimatum an die NRW-Landesregierung und an den Arbeitgeberverband beschlossen, mit der Forderung, sofort Maßnahmen gegen den Personalnotstand einzuleiten. Die Frist endet am 1. Mai 2022, noch vor der Landtagswahl am 15. Mai.

Die Kolleg:innen und ihre Gewerkschaft ver.di sagen: *„Die Uni-Kliniken sind das Rückgrat der Gesundheitsversorgung in NRW und sollen als Vorbild für alle Kliniken gelten. Neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch mehr Personal geht es auch um die Qualität der Ausbildung... Das Gesundheitswesen in NRW ist chronisch unterfinanziert, den Preis dafür zahlen die Patient:innen und die Beschäftigten. Einspringen aus der Freizeit, keine Pausen, Überstunden mit schlechtem Gefühl nach Hause zu gehen,... chronische Überlastung, Überstunden vor sich herschieben, hoher Krankenstand,... vielen haben deshalb innerlich gekündigt oder dem Krankenhaus bereits den Rücken gekehrt...“* (ver.di-Pressemitteilung vom 20.01.2022)

Jeder weiß, für die Unterfinanzierung ist die Landesregierung verantwortlich, mit ihr muss verhandelt werden. Sie entscheidet gemeinsam mit der Bundesre-

gierung über die Finanzierung von Neueinstellungen.

Aber wir wissen ohne den Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel, einschließlich des Streiks und der Mobilisierung aller Krankenhäuser, wird es keinen Erfolg geben.

Die Uni-Kliniken in Hessen:

„Nach dem Streik ist vor dem Streik“ für mehr Personal

Die Kolleg:innen des Uni-Klinikums Frankfurt in der Chirurgie, Psychiatrie und vielen anderen Stationen, einschließlich des Zentrallabors haben in der letzten Tarifrunde deutlich gemacht, es geht überall um mehr Personal. Selbst die Kolleg:innen der Intensivstationen, die nicht bestreikt wurden, haben aus ihrem Freiden dreitägigen Streik unterstützt: Ihre Perspektive war und ist: **Heute: Streik für mehr Geld, 2022: Streik für einen Tarifvertrag für mehr Personal!** Auch die ver.di-Kolleg:innen der privatisierten Uni-Klinik Gießen/Marburg bereiten sich auf einen Tarifikampf für mehr Personal im Sommer 2022 vor.

Der Kampf der Uni-Kliniken ist der Kampf für mehr Personal an allen Krankenhäusern

Seit nun fast 2 Jahren kämpfen wir Beschäftigten im Gesundheitswesen unter härtesten Pandemiebedingungen für eine bessere Gesundheitsversorgung. Wir handeln damit verantwortlich!

Wir halten trotz der schon vor Corona kaputtgesparten Krankenhäuser und trotz des fehlenden Personals - nicht nur auf Intensivstationen, sondern überall: in der Chirurgie, Kinderkliniken, Psychiatrie, aber auch im



Rettungsdienst, Labor,... - die Gesundheitsversorgung aufrecht!

Unsere Kolleg:innen haben „Brandbriefe“ an Klinikleitungen geschrieben. Aus Verzweiflung über den Dauerstress haben schon ganze Stationen gekündigt, tausende flüchten aus dem Pflegeberuf...

Damit muss sofort Schluss sein!

Aber es wird in der Bundesregierung und in den Landesregierungen weiter entschieden: Die Scholz-Regierung will das „DRG-System“, das die Krankenhäuser einer katastrophalen Situation ausliefert, „weiterentwickeln“ – also die Politik der Zerstörung des Gesundheitswesens fortsetzen.

Bundesminister Lauterbach will aus Kostengründen die von den Kolleg:innen mit ihrer Gewerkschaft in der Tarifrunde der Länder erkämpfte Almosen-Coronaprämie von 1.300 Euro für alle, wie schon sein Vorgänger Spahn auf einige („intensiv“) pflegerischen Bereiche konzentrieren.

Allein eine Mrd. Euro wurden pro Jahr aus dem Gesundheitsstrukturfonds durch Bundes- und Länderregierungen in den Abbau von Betten, Schließung von Stationen und Krankenhäusern „investiert“.

Dagegen steht die Bevölkerung an der Seite der Beschäftigten beim Wenckebach-Klinikum/Berlin, in Lebach/Saarland, Köln-Holweide und vielen anderen Bei-



spielen im Widerstand: **Für den Erhalt der flächendeckenden Gesundheitsversorgung für alle!**

Der Deutsche Pflorgetag 2021 hat festgestellt, dass 200.000 Pflegekräfte an deutschen Kliniken und Krankenhäusern fehlen, 100.000 in der Altenpflege, und der Aderlass an Personal geht weiter... **Damit muss sofort Schluss sein! Wir, die Beschäftigten, brauchen sofort mehr Personal und wieder vernünftige Arbeitsbedingungen, TVöD für Alle und ein Stopp der Real- und Tariflohnabsenkung!**

Es gibt nur eine Lösung: Eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung und die volle Finanzierung der Krankenhäuser.

Das Gesundheitswesen muss raus aus dem Wettbewerb!

Engagieren wir uns für einen bundesweiten Tarifkampf 2022, organisiert von ver.di, für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für „Mehr Personal“!

- Für Neueinstellung von notwendigem, zusätzlichem und finanziertem Personal!
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Bereichen kommunaler Krankenhäuser und somit einer echten Rückkehralternative für die, die ihrer Berufung den Rücken gekehrt haben!
- Aufhebung aller prekären Beschäftigung. Rückführungen der ausgegliederten Betriebe in die Krankenhäuser!
- Sofort Stopp aller Pläne zu Schließungen und Privatisierungen von Krankenhäusern!
- Kein Bettenabbau! Keine Verlagerung von Betten aus den öffentlichen Krankenhäusern zu den privaten!

Lasst uns gemeinsam diskutieren, wie wir dafür handeln können!

UKGM Gießen:

"Wir brauchen den Tarifkampf für mehr Personal"

Chronischen Personalmangel klagten Assistenzärzt:innen der Kinderklinik der privatisierten Marburger Uni-Klinik in einem Brandbrief an. Gleichzeitig kündigten die Pflegekräfte einer ganzen Station in Marburg. Die Personalsituation hat sich seitdem weiter verschärft: so wurden auf der kardiologischen Intensivstation am Klinikum in Gießen über 20 Betten geschlossen, *"weil wir einfach kein Personal haben"* (ein Intensivpfleger).

Die ver.di-Vertrauensleute am Uni-Klinikum Gießen/Marburg diskutieren deshalb: *"... wir wollen uns, wie in Berlin, aufmachen, einen Tarifvertrag für mehr Personal zu erkämpfen"*.

Die schwarz-grüne Regierung will dem Krankenhauskonzern Rhön/Asklepios für die Sicherung seiner Profite weitere 450 Mio. Euro in den Rachen werfen! Dagegen haben 18.000 Gießener und Marburger:innen in einer Petition erklärt: Wir wollen unser Klinikum zurück in die öffentliche Hand!

Der einheitliche Tarifkampf aller Krankenhäuser und Kliniken in Hessen für mehr Personal - das ist wohl die einzige Antwort zur Wiederherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung für alle.

Streiknotizen aus Berlin.

Ein Tagebuch vom 20.08. bis 29.10.2021

20.08. Streikverbot für die Vivantes Töchter:

In der Ambulanten Rehabilitation von Vivantes wurde für den ersten Streiktag, den 23.08., von der Geschäftsführung allen Patient*innen abgesagt.

Dann kam das Streikverbot am 20.08.: „*Es ist wirklich nicht zu glauben... Ein bisschen Schadenfreude spüre ich schon, wenn ich daran denke, dass am Montag alle zur Arbeit kommen und keine Patienten eingeplant sind.*“ - „*Nur 15 Neuaufnahmen als Patienten im Haus, endlich mal entspanntes Arbeiten, ganz getreu dem Motto: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben*“ - „*Immerhin hat alleine die Streikankündigung unsere Geschäftsführung ziemlich nervös gemacht.*“ - „*Ich bin echt überrascht, dass sich Vivantes so heftig querstellt.*“ - „*Bin mal gespannt, wie lange sich die Politik das noch anschauen will!?*“

Erster Warnstreiktag 23.08.:

Angesichts des Verbots verabredeten sich Kolleg*innen der Töchterbetriebe vor dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus vor Dienstantritt mit einem großen Plakat: „*Streikbereit!*“ Auf der Kundgebung vor der Vivantes-Zentrale in der Arosener Allee, wo die streikende Pflege und Delegationen der Töchter standen, wurde bekannt: „*Jetzt hat die Geschäftsführung auch eine einstweilige Verfügung gegen die Pflege erlassen!*“ Die Versammlung tobt. Riesiger Aufschrei! Die anwesenden Spitzenkandidat*innen zum Abgeordnetenhaus von CDU, SPD, Grünen und Linken werden aufgefordert, zur Geschäftsführung zu gehen, um zu erreichen, dass die Verfügung zurückgezogen wird. „*Solange warten jetzt alle hier. Einen solchen Skandal - das gab es noch nie!*“

13:00 Uhr Die Spitzenkandidat*innen kommen trotz hektischer Telefonate mit Senat, langwierigen Diskussion mit der Geschäftsführung ohne Ergebnis zurück. Beschluss Sitzstreik: „*Wir bleiben die Nacht über!*“ - „*Nein, wir gehen zum Sommerfest der SPD am Tempelhofer Hafen. Wir werden uns da einfinden.*“ „*Die glauben, sie hätten es überstanden, aber das werden wir ihnen morgen schon zeigen. Und an jedem verdammten anderen Tag. Bekennt euch und zeigt Flagge. ... Jeder der heute nicht dabei war, kommt morgen. Auf geht's. Das hält uns nicht auf. Ich will nicht 30 Jahre so weiterarbeiten.*“

Zweiter Warnstreiktag 24.08.:

Kurz nach 15 Uhr: ver.di gewinnt vor dem Arbeitsgericht, der Tarifkampf für „Mehr Personal“ bei Vivantes darf weiter stattfinden.

18:10 Uhr: Mitteilung aus der Tarifkommission der

Töchter: „*Es ist geschafft!!! Wir streiken morgen. Streikposten ab 8:00 Uhr am AVK!*“ Auch diese Einstweilige Verfügung wurde zurückgenommen. „*Großartig!*“ - „*Super*“ „*Ist das jetzt offiziell? Ich kann es kaum glauben*“ - „*Hoffentlich sind wir morgen ganz viele. Bis morgen.*“

Dritter Warnstreiktag 25.08.: Es streiken Charité-Pflege, Vivantes-Pflege, Vivantes Tochterbetriebe und die Auszubildenden. Der Demonstrationzug durch Berlin hat sich verdoppelt.

Am 24. und 25.8. sind am Charité Benjamin Franklin 4 Stationen geschlossen, im Virchow Klinikum 4 Stationen, im Humboldt-Klinikum 2 Stationen, im Ida Wolf Krankenhaus 1 Station, im Klinikum am Urban 1 Station, am Klinikum Friedrichshain 1 Station, am Klinikum Hellersdorf 1 Station, im Klinikum Neukölln 4 Stationen, im Klinikum Spandau 2 Stationen.

Seit dem 30.08. läuft die Urabstimmung bei Charité und Vivantes.

03.09. Warnstreik der Vivantes Töchter. Am Donnerstag, den 9.9., finden ganztägige Tarifverhandlungen statt. Sollten sie scheitern, „*werden wir in den unbefristeten Streik gehen.*“ „*Wir brauchen bis dahin die Zusage des Berliner Senats, dass refinanziert wird!*“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, **Raed Saleh** dazu: „*Gleicher Lohn für gleiche Arbeit heißt übersetzt TVöD für Alle... Am Geld des Landes wird der Tarifvertrag nicht scheitern! ... Das ist eine Frage der Selbstachtung des Landes Berlin.*“

Montag, 06.09.: Die Urabstimmung der ver.di Gewerkschaftsmitglieder an der Charité, den Vivantes Kliniken und in den Vivantes Tochtergesellschaften ist beendet. Das Ergebnis ist überwältigend. An der Charité stimmten 97,85 Prozent, bei Vivantes 98,45 Prozent und in

Frank Werneke: Ein Streik mit Ausstrahlungskraft ...

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke, besuchte am **6. September** das Treffen der 200 Teamdelegierten von Vivantes und Charité und erklärte u.a. der Streik von Charité und Vivantes habe eine Ausstrahlungskraft über Berlin hinaus in andere Bundesländer. „*Ihr habt all meine Unterstützung!*“

Manche aber fragen sich: Wenn wir Ausstrahlungskraft haben, warum streiken wir dann noch allein? Warum ruft ver.di nicht jetzt auch bundesweit zum Streik in den Krankenhäusern auf?

den Tochterunternehmen 98,82 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten für den unbefristeten Streik.

Donnerstag, 09.09.: Die Streiks an den Kliniken von Charité und Vivantes sowie bei den Vivantes-Tochtergesellschaften beginnen, 100 Tage nach dem Beginn des Ultimatums und 20 zusätzlichen Tagen, in denen es eine Reihe von Warnstreiks gab.

Für die Notdienstversorgung musste ver.di selbst sorgen. Die Geschäftsführungen waren nicht bereit, Notdienstvereinbarungen abzuschließen, die den Namen verdienen. Die Auszubildenden und Praxisanleiter*innen werden in den Streik einbezogen.

An diesem ersten Streiktag geht die Vivantes Geschäftsführung mit einem „Modell“ an die Öffentlichkeit, welches sie als Verhandlungsgrundlage sieht: Es sollten jeweils nur so viele Patientinnen und Patienten behandelt werden können, wie Pflegepersonal zur Verfügung steht. Leistung würde im Prinzip dem Personal folgen. Ziel des Modells ist es lt. Geschäftsführung, „die Versorgungsqualität zu verbessern und gleichzeitig eine Belastung von Pflegekräften von vornherein zu vermeiden. Jetzt geht es darum, eine gesicherte Finanzierung zu finden, um das Modell zu erproben.“

Freitag, 10.09.: Erstmals sind auch die Auszubildenden von Charité und Vivantes zum Streik aufgerufen. Die Auszubildenden fordern bessere Ausbildungsbedingungen über den Tarifvertrag, insbesondere bezogen auf Praxisanleitung. Sie empört, dass sie zur Kompensation von Personalengpässen herangezogen werden und die Qualität ihrer Ausbildung dabei auf der Strecke bleibt.

Um 10:30 Uhr: Mehr als 500 Kolleg*innen beteiligen sich an der Demonstration, die vom Charité-Campus zum Sitz der Labor Berlin GmbH geht. Besonders auffällig ist die hohe Beteiligung der Auszubildenden. Für das Labor Berlin, ein gemeinsames Tochterunternehmen von Charité und Vivantes, verweigern die Arbeitgeber die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Unüberhörbar skandieren am Ende der Kundgebung die Teilnehmer*innen vor dem Sitz des Labor Berlin: „Verhandlungen: Jetzt! Jetzt! Jetzt!“

Am Nachmittag des 10.09. trifft sich die Tarifkommission (TK) der Vivantes-Tochtergesellschaften, nachdem der Arbeitgeber zuvor ein Verhandlungsangebot übermittelt hatte. Die TK weist das Verhandlungsangebot als vollkommen unzureichend und nicht verhandlungsfähig zurück. Der Arbeitgeber bot an, das TVöD-Niveau erst im Jahre 2028, also nach 7 Jahren, zahlen zu wollen. „Und dann wird die Angleichung an den TVöD auch noch von der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen abhängig gemacht. So etwas kann keine Gewerkschaft unterschreiben“, betont ver.di-Sekretär Kristof Becker. Ein konkreter Stufenplan zur Angleichung an den TVöD fehle, ebenso die Werte für Zuschläge und anderes. So sei es kein Angebot, sondern eine leere Hülle. Wo die Offerte konkret wird, sei sie völlig unzureichend, so lägen die angebotenen Ta-



bellentgelte zum Teil noch weit weg vom TVöD. Die TK beschließt, den Streik am Montag unbefristet fortzusetzen.

Samstag, 11.09.: In einem Interview mit dem Inforadio des rbb forderte die Spitzenkandidatin der Berliner Grünen für die Wahl des Abgeordnetenhauses, Bettina Jarasch Finanzsenator Matthias Kollatz auf, er „muss mit an den Tisch. (...) diese Forderungen - und die sind sehr berechtigt, da geht es um die Entlastung des Pflegepersonals - (...) umzusetzen kostet Geld. Und die Klinikleitungen können keine Zusagen machen, wenn sie nicht wissen (...) von ihrem Eigentümer - und das ist nun mal das Land Berlin -, dass sie refinanziert werden. (...)“

Der *Tagesspiegel* veröffentlicht am gleichen Tag einen Artikel, in dem ausgeführt wird, dass auch die Linken-Landesvorsitzende Katina Schubert Finanzsenator Kollatz in seiner Eigenschaft als Gesellschafter aufgefordert habe, die Geschäftsführung von Vivantes und den Charité-Vorstand zur Aufnahme von Verhandlungen anzuweisen. „Zur Verpflichtung des Landes Berlin als Eigentümer der Krankenhäuser stehen wir. Am Geld wird und darf eine Einigung nicht scheitern.“ Bereits am 3.9. hatte sich der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, so positioniert: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit heißt übersetzt TVöD für Alle... Am Geld des Landes wird der Tarifvertrag nicht scheitern!“

Dem *Tagesspiegel* ist zu entnehmen, dass Kollatz zu einer Ausfinanzierung der Tarifverträge nicht bereit ist: Was die Forderungen nach Bereitstellung von Haushaltsmitteln und einer Anweisung zu Verhandlungen vonseiten der Gesellschafter angehe, seien enge Grenzen gesetzt. „Um es klar zu sagen: Dies sieht das Finanzierungsprinzip von Plankrankenhäusern in Deutschland nicht vor - und ist auch nicht vereinbar mit dem Wettbewerbsrecht.“ Und an die Adresse von ver.di und damit an die Streikenden erklärt er gegenüber dem *Tagesspiegel*, die Geschäftsführung von Vivantes habe ver.di ein ernsthaftes Angebot unterbreitet,

das von der Gewerkschaft abgelehnt worden sei: *„Damit wird es von der Arbeitgeberseite auch keine Verhandlungen geben.“*

Montag, 13.09.: ver.di weitet die Streiks bei Charité und Vivantes aus. Ab diesem Montag und in den kommenden Tagen legen jeweils über 1.000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Ab Dienstag sind auch ganze Stationen zur vorübergehenden Schließung angemeldet.

„Die Arbeitgeber hatten 120 Tage Zeit, konkrete Vorschläge zur Beilegung der Tarifkonflikte zu machen. Sie können von den Beschäftigten nicht erwarten, dass sie den Streik sofort unterbrechen, nur weil sie jetzt grundsätzlich verhandlungsbereit sind“, erklärt Meike Jäger, ver.di-Verhandlungsführerin und Landesfachbereichsleiterin.

Dienstag, 14.09.: Auch bei den Vivantes-Tochtergesellschaften wird wie am Vortag der Streik fortgesetzt. **Um 5 Uhr** morgens werden vor dem Vivantes-Klinikum Am Urban die Reinigungskräfte vor Arbeitsbeginn zum Streik motiviert. Mit Erfolg, sie streiken erstmals. Zum Reinigungspersonal gehören viele Frauen mit Migrationshintergrund.

Der rbb berichtet, dass die Zahl der gesperrten Betten von 900 auf 1.200 erhöht werden soll und ganze Stationen vorübergehend zur Schließung angemeldet worden seien. Die Vivantes-Geschäftsführung will kein neues Angebot vorlegen und fordert ver.di auf, den

Was ist mit dem Labor Berlin?

Die gemeinsame Tochterfirma von Vivantes und Charité Labor Berlin war seit Februar 2020 mit zwei Vertreter*innen in der Tarifkommission der Vivantes Töchter gestartet.

Die Vivantes Geschäftsführung hat die beiden nach dem Verhandlungsauftritt vom 27.11.2020 nicht mehr zu den Verhandlungen zugelassen.

Die Geschäftsführungen von Vivantes und Charité warfen sich seitdem die Bälle für die Zuständigkeit gegenseitig zu. Seitens ver.di steht das Verhandlungsangebot. Aktive Labor-Gewerkschafter*innen ließen sich nicht wegschieben und haben sich im Streik immer wieder zu Wort gemeldet.

Es gab am 17.09. einen Warnstreik, doch die Geschäftsführungen blieben hart, der Senat tatenlos.

Neu ausgebildete Medizinisch-Technische Fachkräfte für das Labor suchen sich mittlerweile woanders Stellen, wo sie weit besser bezahlt werden, erfahrene Tochterangestellte im Labor Berlin kündigen. Vom TVöD sind sie mehr als 1.000 EUR entfernt.

Geht man so mit Gesundheitsfachkräften um, die rund um die Uhr in Schichten arbeiten und besonders in Coronazeiten über die Maßen belastet sind?

Streik auszusetzen. In einer Abstimmung lehnen die Delegierten der Pflege Vivantes und Charité das ab.

Um 16 Uhr macht sich eine Demonstration vom Bettenhaus der Charité (Charité Campus Mitte) zum Roten Rathaus, Sitz des Berliner Senats, auf den Weg. 2.500 Kolleg*innen demonstrieren. Unter den Redner*innen ist auch ein Chefarzt der Charité, der sich mit den Demonstrant*innen solidarisiert.

In den Chats kursiert die Meldung, dass Vivantes für die Tochterbetriebe ein neues Angebot vorlegt. In den an diesem Tag vom Vivantes Ressort Konzernkommunikation veröffentlichten „Viva News“ heißt es unter der Überschrift *„Unser Angebot zur Angleichung an das TVöD-Niveau für die Tochtergesellschaften“*: Man sei weiterhin gesprächsbereit und habe ver.di ein *„nochmals deutlich verbessertes Angebot übermittelt. Dieses greift wesentliche Regelungen des Schlichtungsergebnisses für die Charité-Tochtergesellschaft Charité Facility Management (CFM) auf, die auch von ver.di mitgetragen wurden. (...) Das Modell sieht zudem einen Stufenplan zur schrittweisen Angleichung der bestehenden Branchentarife bzw. Vergütungsregelungen an das TVöD-Niveau vor.“* Ein Schaubild soll verdeutlichen, was das bedeuten würde: 39 Stunden/Woche, 30 Tage Urlaub, stufenweise Tarifierhöhung. Ganz klein und verschämt, versteckt in einer Fußnote dann der „Pferdefuß“ im Kleingedruckten: *„Mit Unterstützung des Berliner Senats und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH sowie der jeweils spezifischen wirtschaftlichen Entwicklung der Vivantes Tochtergesellschaften (...) soll endgültig das Niveau des TVöD-VKA erreicht sein.“*

Auch das „Modell“ von Vivantes zum TV Entlastung sieht nicht mehr Personal durch Neueinstellungen vor, sondern platt heißt es: *„Weniger Pflegekräfte = weniger Behandlungen“*. Zwar wird auch der *„Sofortige Personalaufbau“* gefordert, was mit einer *„Flexibilisierung der Arbeitseinteilung“* einhergehen soll.

Mittwoch, 15.09.: Um 7 Uhr trifft sich die TK der Vivantes-Töchter, die das „Angebot“ ablehnen. Erneut erklärt sich ver.di zu Verhandlungen bereit und *„den unbefristeten Arbeitskampf am Wochenende auszusetzen.“*

Was den Tarifvertrag für *„Mehr Personal“* betrifft, erklärte die Fachbereichsleiterin, Meike Jäger: *„Wir schlagen vor, ab sofort für alle Berufsgruppen und Arbeitsbereiche zu sondieren, wie viele Beschäftigte jeweils mindestens nötig sind, um gute Arbeitsbedingungen und eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten. Grundlage dafür sind die sehr konkreten Vorschläge, die die Teams bereits entwickelt haben.“* Das verlangt Neueinstellungen. *„Für diese Verhandlungen wären wir bereit, den Streik auszusetzen“,* erläutert Jäger.

Donnerstag, 16.09.: Von den Streikenden wurde an die Abgeordneten ein Brief aller drei Tarifkommissionen von Vivantes, Charité und alle Tochterunterneh-

men verteilt, der sich an Abgeordnete und Senat wendet, die Forderungen erläutert und das Angebot zu Verhandlungen macht.

Die Abgeordneten fassen einen Beschluss **„Schnelle Einigung verhandeln!“** Die Forderungen der Beschäftigten seien „nachvollziehbar.“ Die Abgeordneten fliehen dann aber auf die Bundesebene: *„Die generelle Finanzierung der Personalkosten ist Bundesaufgabe und kann in den Grundsätzen nicht vom Land Berlin verändert werden.“* Konkret fordern sie die Weiterentwicklung – nicht Abschaffung – des DRG-Systems und konkret: *„50 Prozent der Investitionskosten sollen künftig vom Bund übernommen werden.“*

Was Berlin betrifft, versprechen sie die *„Verpflichtung, die Investitionen auskömmlich zu finanzieren und insbesondere die im Landeseigentum befindlichen Krankenhäuser wirtschaftlich abzusichern.“*

Raed Saleh dazu: *„Es ist keine Bitte, sondern ein Auftrag an die Arbeitgeber, jetzt zu verhandeln, und zwar ohne Wenn und Aber.“*

Donnerstag 16.09.: Sondierungsgespräche mit „ersten Annäherungen“ zu Mindestpersonalbesetzung für Pflegekräfte bei der Charité, die am Freitag fortgesetzt werden, während Vivantes alles verweigert. Wollen die Geschäftsführungen so den Kampf der Belegschaften spalten, um ihn so zu zerschlagen?

Freitag, 17.09.: Das Labor Berlin, eine gemeinsame Tochter von Vivantes und Charité, das bisher von den Verhandlungen ausgeschlossen wurde, tritt in einen ersten Warnstreik.

Samstag, 18.09.: Erste Verhandlungen bei den Vivantes Töchtern werden aufgenommen, aber es gibt kein neues Angebot. Die Tarifkommission ruft zur Fortsetzung des unbefristeten Streik ab Montag auf!

Montag, 20.09.: Teamdelegiertentreffen Vivantes und Charité in der Zionskirche in Anwesenheit der Spitzenpolitiker*innen: Kolleg*innen tragen Berichte von Patient*innen- und eigenschädigender - Ereignisse vor, die auf Personalmangel beruhen. Ein Tarifkommissionsmitglied der Speiseversorgung berichtet von Angriffen auf ihr Arbeitsverhältnis durch den Arbeitgeber. Aufgrund des laufenden Verfahrens können keine Details bekannt gegeben werden.

Die Vivantes-Leitung nimmt nun doch an Spitzengespräch mit ver.di teil und gibt eine Mitteilung heraus: Sie will Schlichtung im Tarifkampf der Vivantes Töchter! Das lehnt ver.di ab, da während Schlichtungsverhandlungen das Streikrecht genommen ist. Auf ein Angebot zum Stufenplan zum TVöD lässt sich Vivantes nicht ein. Daraufhin machte ver.di einen neuen Vorschlag: 87% TVöD zum 01.08.21, 90% TVöD zum 01.01.22, 95% TVöD zum 01.01.23, 100% TVöD zum 01.01.24. Jahressonderzahlung ansteigend. Die Geschäftsführung war zu keiner Stellungnahme bereit.

Vivantes Aufsichtsrats-Sitzung im Roten Rathaus - ohne Ergebnis. Auch von der Charité Geschäftsführung gibt es kein verhandlungswürdiges Angebot.

Dienstag, 21.09.: ver.di hofft heute auf ein neues Vivantes Angebot für die Töchter und auf schnelle Lösungen noch in dieser Woche. Die stellv. ver.di Landesbezirksleiterin Susanne Feldkötter appelliert an den Senat als Gesellschafter beider Unternehmen, konstruktiv Einfluss zu nehmen.

Vivantes steht unter Druck und nimmt entgegen des eigenen Vorsatzes trotz Streik Verhandlungen mit der Pflege auf. Demonstration der Vivantes Kolleg*innen vor dem Klinikum im Friedrichshain zum Roten Rathaus, wo diesmal die Aufsichtsratsitzung stattfindet. In der Sitzung war die Demonstration Thema, von „politischer Seite wurde angeregt, zu einem Abschluss zu kommen“. Die Geschäftsführung soll mit Finanzsenator Kollatz drei Stunden nur über die Töchter gesprochen haben. Man wolle sich am Abschluss der Charité Tochter CFM orientieren - also nicht am TVöD!?

Kein Angebot für die Töchter. Die Verhandlung wird verschleppt, es solle erst am 24.09. weiterverhandelt werden und erst tags zuvor ein neues Angebot kommen.

Abends treffen sich **200 Teamdelegierte der Pflege/ Mutterbeschäftigte Vivantes und Charité** in Präsenz, zusätzlich sind 200 im Livestream dabei. Es wird über die ersten Sondierungsgespräche berichtet. Den Vertreter*innen der Geschäftsführung wurden in Arbeitsgruppen zu den einzelnen Fachbereichen die Systematik der schichtgenauen Besetzungsforderungen sowie Belastungspunkte, die zu Freizeitausgleich als Konsequenz unterbesetzter Schichten führen sollen, vorgestellt. Die Arbeitgeber machten deutlich, dass die Personalbesetzungsforderungen der Kolleg*innen eine wissenschaftliche Evidenz aufweisen sollen. Kommentar eines TK-Mitglieds dazu: *„Wenn wir bisher unterbesetzt gearbeitet haben, hatte die Geschäftsführung dafür eine Evidenz?“* Vivantes pocht auf Spahns Mindestbesetzung (Pflegepersonaluntergrenzenverordnung PpUGV), dagegen wissen die Pflegekräfte aus ihrem Alltag genau, dass dieser Mindeststandard keinesfalls für eine qualitativ gute pflegerische Versorgung reicht. Die Charité - Tarifkommission berichtet vom Verhandlungsangebot. Vieles ist aus der Systematik der Forderungen übernommen worden, ist aber noch nicht verhandlungswürdig, da noch sehr ungenau und nicht schichtbezogen dargestellt. Großes Gelächter brach aus, als über die Bedingungen berichtet wurde. Der Tarifvertrag solle nach Vorstellung des Charité -Vorstands nur gelten, wenn die Charité kein Minus macht und soll ausgesetzt werden, wenn der Krankenstand mehr als 5 % beträgt! Die Abstimmung der Teamdelegierten ist sehr entschieden für Fortsetzung des Streiks. Auch bei Vivantes Töchtern und Mutter gehen die Streiks weiter.

Mittwoch, 22.09.: Spendenaufruf des *Bündnis Gesundheit statt Profite* über die Plattform betterplace „Solidarität mit den Streiks im Krankenhaus“ für die streikenden Tochterkolleg*innen, der nach wenigen Tagen mehr als 40.000 € bringt. Dieser soll den Strei-



kenden helfen, die Lohnverluste während des Streiks auszugleichen. Die Solidarität ist ungebrochen – auch materiell.

Sondierungsgespräche der Vivantes Mutter mit den Kolleg*innen werden fortgesetzt. Im Bereich Rettungstellen gibt es zunächst Entgegenkommen von Vivantes.

Freitag, 24.09.: Ganztägige Verhandlung bei den Vivantes Töchtern und der Mutter in der Vivantes-Zentrale, Streikende blieben den ganzen Tag in der Kälte vor der Tür zur Unterstützung dabei. Eine Delegation trifft Franziska Giffey im Wahlkampf, die verspricht, am 28.09. mit den Tochter-Kolleg*innen zu sprechen.

Ein angekündigtes Angebot des Arbeitgebers für die Töchter wird von der Tarifkommission am Nachmittag abgelehnt, da kein Zeitplan zur vollständigen Angleichung an den TVöD vorgesehen ist. Zugleich der nächste Affront: Die Tochter Medizinische Versorgungszentren (MVZ) soll von der gemeinsamen Verhandlung ausgeschlossen werden. ver.di Verhandlungsführer Ivo Garbe nennt das Angebot ein Täuschungsmanöver, viele Beschäftigte der Servicetochter VSG würden mehrere Jahre ohne Gehaltsverbesserung bleiben. Der Streik soll für eine Woche fortgesetzt werden.

Bei der Charité verlaufen die Verhandlungen zäh, die Streiks werden dort ausgeweitet.

Samstag, 25.09.: Pressemitteilung von ver.di: ... In einigen Bereichen wolle die **Charité** den völlig unzureichenden Ist-Zustand festschreiben, wie in den OPs und der Anästhesie: »Wir brauchen für alle Abteilungen bedarfsgerechte Personalstandards, bei denen die Gesundheit der Beschäftigten nicht gefährdet wird. Die Teams haben hierzu konkrete Vorschläge entwickelt, die keineswegs überzogen sind«, sagt Guba (Tarifsekretärin ver.di). »Wenn die Charité zum Beispiel vorschlägt, dass eine Pflegeperson auf Normalstationen nachts bis zu 20 Patientinnen und Patienten betreut, ist das nicht akzeptabel. Damit wird man den Patienten nicht gerecht und aus Gründen des Arbeits-

schutzes ist das auch unverantwortlich. Hier muss die Arbeitgeberseite dringend nachbessern.«...

Sonntag, 26.09.: Wahlsonntag

Und kein Abschluss der Tarifikämpfe...

Der Politische Arbeitskreis Gesundheit schreibt dazu:

„Als Eigentümer ist der Senat für diese Situation in den landeseigenen Kliniken verantwortlich. Nicht zu handeln ist verantwortungslos gegenüber den Beschäftigten, wie allen Bürger*innen der Stadt, die ein Recht auf qualifizierte Gesundheitsversorgung haben.“

Schon vor einem Jahr haben die Beschäftigten von Vivantes und Charité mit ihrer Gewerkschaft ver.di vor dem Roten Rathaus die Forderung nach „Mehr Personal“ und TVöD für Alle“ aufgestellt. Niemand hat die Notwendigkeit der Erfüllung dieser Forderungen in Frage gestellt. Im Gegenteil, Vertreter*innen und Verantwortliche, sowie Kandidat*innen aller Parteien haben sie als eine unausweichliche Antwort auf die Überlastung unterstützt.

Dennoch: Bis heute gibt es keinen Tarifabschluss. Die Vivantes Geschäftsführung verschleppt die Verhandlungen, setzt Kolleg*innen Repressalien aus, und beschneidet gewerkschaftliche Aktivitäten. Sie schlägt vor, zur „Entlastung des Personals“ Betten abzubauen, und praktiziert die Schließung eines Krankenhauses. Das Labor Berlin wurde ausdrücklich von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Das ist unverantwortlich!

Es muss jetzt Verhandlungen mit dem Eigentümer, dem Land Berlin, geben.“

Montag, 27.09.: Sondierungsgespräche der Vivantes Mutterbeschäftigten mit der Geschäftsführung. Teamdelegierte berichten von herablassender Haltung der Geschäftsführung während der Gespräche.

Bei der Charité werden Arbeitgeberangebote teils wieder zurückgenommen oder sie sind schlechter als jetzt schon, das Personalzuwachs-Angebot „+704 Stellen“ ist intransparent. Zugeständnisse bei in Freizeit umgewandelten Belastungsschichten wurden durch den Streik erreicht, in vielen Punkten jedoch noch nicht konkret genug für die Patient*innen-Sicherheit. Die Kolleg*innen machen klar, dass sie nur bleiben werden, wenn es ein vernünftiges Angebot gibt, nur so wird neues Personal dazukommen.

Dienstag, 28.09.: 10 Uhr Streikversammlung aller Kolleg*innen der Vivantes Töchter in der Zionskirche, die zukünftige Bürgermeisterin Franziska Giffey spricht mit den Kolleg*innen der Mutter, die der Charité kommen hinzu. Sie teilt mit, dass die Geschäftsführerin von Vivantes jetzt krank sei.

Franziska Giffey schlägt in Absprache mit der Vivantes Geschäftsführung für die Töchter eine Schlichtung durch Matthias Platzeck vor. Ver.di und die Teamdelegierten lehnen nach Abstimmung eine Schlichtung ab. Danach schlägt Giffey Platzeck als Moderator vor, der Streik könnte dann aufrechterhalten bleiben. Giffey will

die Tarifikämpfe in den Sondierungsgesprächen zur neuen Berliner Regierung und auch in der derzeitigen noch amtierenden Landesregierung einbringen, ebenso will sie sich auch in der Bundespolitik für eine Erneuerung der Krankenhausfinanzierung einsetzen – keine Abschaffung des DRG-Systems!?

Nach Sondierungsgesprächen in den letzten Tagen für Vivantes Mutterbeschäftigte (Pflege, Funktionsdienste, Therapeut*innen) starten die zentralen Verhandlungen ab 12:00 Uhr. Die Teamdelegierten halten sich zur Rückkopplung in der Nähe bereit. Ver.di Verhandlungsführer Oliver Bandosz und Tarifkommission berichtet um 21:30 Uhr von nur kleinen Fortschritten unter Abwesenheit der erkrankten Geschäftsführerin. Hoffnung auf ein Ende des Kampfes Ende dieser Woche.

Mittwoch, 29.09.: Verhandlungen der Vivantes Mutter stocken. Vertreter*innen der Geschäftsführung zeigen keinerlei Verhandlungsbereitschaft. Eine Kollegin aus der Onkologie im ver.di Flugblatt: *„Schon bei einer 1:7 Betreuung geraten wir an unsere Belastungsgrenze. Wie sollen wir mit 1:10 unsere schwerkranken Patienten angemessen betreuen?“* Exemplarisch werden begründet Forderungen zu Somatik und Psychiatrie dem Vivantes-Angebot gegenübergestellt und als unzureichend bewertet.

Der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte teilen mit: *Ärzt*innen der Vivantes Krankenhäuser unterstützen den laufenden Streik. „...wir sehen tagtäglich wie die Unterbesetzung in der Pflege zu einer Gefährdung der Patient*innen führt und wie das Arbeitspensum die Pflegenden selbst gefährdet...Es kann keine Operation ohne die Reinigungskraft stattfinden, die den OP Saal ...säubert und desinfiziertund deswegen unterstützen wir unsere Kolleg*innen auch in ihren Forderungen,“* so Dr. med. Nora Lennartz, Ärztin in Weiterbildung für Geburtsmedizin.

Der Tagesspiegel meldet: Matthias Platzeck wird „Moderator“ im Tarifstreit der Vivantes Tochterfirmen. Giffey wird zitiert, dass es möglich sei, dass der rot-rot-grüne Senat doch noch Investitionsmittel freigebe, um insbesondere dem klammen Vivantes Konzern aktuelle Sanierungen zu erleichtern und so dort benötigtes Geld für Personal reserviert werden könne. Sie kündigt laut Tagesspiegel jetzt an, sich für die Abschaffung der Fallpauschalen auf Bundesebene einzusetzen.

Freitag, 01.10.: Teamdelegiertentreffen in der Zionskirche, Ankündigung einer Großdemonstration für den 09.10. Streik wird fortgesetzt, für die Töchter bis 08.10.

Am Abend berichtet die TK: Verhandlungen der Vivantes Mutter wurden von den Vertreter*innen der Geschäftsführung verschoben auf den 04.10.

Eine Hebamme wird auf t-online.de zitiert: *„Wenn das hier scheitert, werde ich kündi-*

gen.“ Der Streik sei für sie ein letzter Hilferuf. Und sie spricht für viele!

Montag, 04.10.: Abends Unterstützer*innen-Treffen via Videokonferenz, an der über 300 Bürger*innen teilnehmen.

Dienstag, 05.10.: Pressekonferenz der Krankenhausbewegung um 11:00 Uhr in der Volksbühne, Kundgebung vor der Volksbühne, Livestream.

Donnerstag, 07.10.: Nach 21 Stunden Verhandlung bei der Charité gibt es um 6:00 Uhr morgens ein von Charité und ver.di unterschriebenes Eckpunktepapier zu einem Tarifvertrag zur Entlastung der Mitarbeiter*innen. Die Tarifkommission koppelt die Ergebnisse zu den einzelnen Fachbereichen jeweils mit den Teamdelegierten in der Nacht zur Abstimmung ab, das Ergebnis wird angenommen, der Charité-Streik ausgesetzt.

Matthias Platzeck als Moderator klärt mit der Vivantes Geschäftsführung und der Tarifkommission (TK) der Töchter mit ver.di in ausführlichen Gesprächen Termine, Inhalte stehen noch nicht an.

„Uns hört man erstmals zu.“ Den „Ton“ in der anschließenden kleinen Verhandlungsrunde beschreibt die TK als deutlich ernsthaft. Im November soll ein Abschluss da sein. Am Nachmittag stimmen die Teamdelegierten dem Vorschlag der TK zu, den Streik in der folgenden Woche fortzusetzen, und auf Vorschlag von Platzeck nur am Verhandlungstag, 14.10., den Streik als „Prüfstein“ auszusetzen. Am 15.10. wird weiter das Ergebnis ausgewertet.

Bei Vivantes bewegt sich schlagartig etwas mit der Vorlage eines neuen Eckpunktepapiers für den **Tarifvertrag für Mehr Personal/Entlastung**, und es wird zeitlich unbegrenzt in der Nacht zum 08.10. weiterverhandelt. In einer abendlichen Pause kommen Teamdelegierte der Charité dazu, berichten von den schwierigen Verhandlungen und z.B. bei den Hebammen voll erfüllten Forderungen. Anschließend beraten sie die 80 Vivantes Teamdelegierten in Arbeitsgruppen für deren bevorstehende Verhandlungen. **Sylvia Bühler**, Vorsitzende des Fachbereichs 3 auf Bundesebene, gratuliert den Charité Kolleg*innen zum Erfolg. Der Streik solle



erst aufhören, wenn das Ergebnis da ist. Vivantes müsse jetzt nachziehen, sonst gehen die Kolleg*innen scharenweise an die Klinik mit einer guten Tarifbindung. Für die Töchter gebe es einen Zeitplan, aber alle drei Auseinandersetzungen sind eine gemeinsame, es brauche jetzt Durchhaltevermögen.

Samstag, 09.10.: Etwa 3.000 Demonstrant*innen ziehen für eine gute Gesundheitsversorgung in Berlin durch die Straßen. Motto: wir retten euch — wer rettet uns?

Neben den streikenden Vivantes Kolleg*innen aus dem Mutterbetrieb und den Tochtergesellschaften sind u.a. Kolleg*innen der Charité gekommen, der Tochter Charité Facility Management, der Uniklinik Dresden, der GEW, der IG Metall, und aus der Berliner Bevölkerung. ver.di Verhandlungsführer für die Vivantes Tochtergesellschaften, Ivo Garbe, spricht von einer heißen Phase der Verhandlungen und von einer Perspektive des Übergangs in den TVöD mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Der ver.di Vorsitzende Frank Werneke begrüßt den Tarifkampf als ein über Berlin hinausweisendes Signal. Der extra aus Hamburg angereiste Schauspieler Rolf Becker verurteilt das bestehende börsenorientierte Krankenhausfinanzierungssystem.

Montag, 11.10.: Die Streiks bei Vivantes laufen weiter. Verhandlungen für den Tarifvertrag Für mehr Personal/Entlastung werden bis in die Nacht um 01:30 Uhr fortgesetzt.

Dienstag, 12.10.: Ein „Eckpunktepapier - Tarifverhandlungen Tarifvertrag Vivantes“ wird nach einer weiteren Abänderung unterzeichnet. Eine große Mehrheit der 147 Teamdelegierten des Mutter-Betriebs stimmt nach 34 Tagen Streik zu, u.a. mit der Begründung: *„Es gibt bereits einige Unikliniken, die einen Tarifvertrag Entlastung abgeschlossen haben, aber Vivantes ist der erste kommunale Klinikkonzern, der solch einen Vertrag formulieren wird. Und wir hören bereits davon, dass sich Bewerber*innen melden, die nach Abschluss des Tarifvertrages bei Vivantes unter verbesserten Arbeitsbedingungen arbeiten wollen.“*

Vivantes hatte in seinen „News“ die Zahl von 2.800 zusätzlichen Fachkräften genannt, die ver.di fordere. In dem Eckpunktepapier gibt es aber keine Zahl zu geplanten Neueinstellungen von mehr Personal – im Gegensatz zum Eckpunktepapier der Charité (siehe oben).

„Die dreijährige Laufzeit des Tarifvertrages wird Vivantes für eine fortlaufende, wissenschaftliche Evaluation zur konkreten Verbesserung der Arbeitsbedingungen nutzen.“ Dass die Probleme der Finanzierung der Personalausstattung im Krankenhaus während der über 100 Tage-Frist vor den Wahlen von der Krankenhausleitung ignoriert und nicht angegangen wurden, schiebt Dr. Danckert, Mitglied der Geschäftsführung, gern auf die Tarifkommission ab. Wenn das Personal aus anderen Krankenhäusern wegrennen und zu Vivantes oder Charité kommen würde, klagt er, wer würde denn dann dort die zurückgelassenen Patient*innen versorgen?

Mit solch üblen Methoden schiebt die Leitung die Verantwortung auf die um bessere Versorgung kämpfenden Kolleg*innen ab, statt selbst mit der Landespolitik um Lösungen zu ringen!

ver.di veröffentlicht eine Presseinformation mit Details zu den Vereinbarungen:

„Der Tarifvertrag soll bis zum 30. November 2021 ausgearbeitet werden und zum 1. Januar 2022 in Kraft treten. Die Streikmaßnahmen werden ausgesetzt. ver.di-Verhandlungsführerin Heike von Gradolewski-Ballin: „Mit der Einigung auf die Eckpunkte sind wir unserem Ziel, eine nachhaltige Entlastung der Vivantes-Beschäftigten zu schaffen, einen großen Schritt nähergekommen. ... Die Einigung wird dazu beitragen, die Gesundheitsberufe attraktiver und die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherer zu machen. Im Einzelnen wird mit der Einigung u.a. für die Stationen und Bereiche definiert, wie viele Patientinnen und Patienten von wie vielen Beschäftigten in jeder Schicht betreut werden (Patienten-Personal-Ratio). Bei Unterschreitung der festgelegten Besetzungsregelungen erhalten die hiervon betroffenen Beschäftigten einen Belastungsausgleich.(...)“

Während es den Beschäftigten um zusätzlich finanzierte Einstellung von mehr Personal geht, will Vivantes sich lediglich dem Prinzip verpflichten, *„Leistung folgt Personal“*, was aber Leistungsreduzierung und Bettenabbau zur Folge hat, die sie sowieso schon geplant hatten. Jetzt wollen sie propagandistisch ver.di und die Kolleg*innen dafür verantwortlich machen.

„Wir sind angetreten für eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung“, so eine Kollegin.

„Vivantes hat schon vor dem Kampf die Schließung des Wenckebach-Klinikums praktiziert“, so eine andere. Ist das die Verantwortung der Kolleg*innen und ihres Kampfes?

Die Kolleg*innen sorgen doch mit ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen. Die Verantwortung für die Finanzierung des erforderlichen Mehr an Personal, die Finanzierung der Klinikbehandlungen und der Investitionen bleibt bei der Klinikleitung bzw. der Landes- und Bundespolitik.

Die Kolleg*innen haben mit ihrer Gewerkschaft verantwortlich gehandelt und ihre Forderungen monatelang vorher angezeigt. Dass es zum Streik kommen musste, haben nicht sie provoziert.

Nun steht für sie die Ausarbeitung des Tarifvertrages an. Einiges konnten sie trotz harter Verhandlungen nicht durchsetzen, damit spaltet die Geschäftsführung die Belegschaft erneut, was nicht im Sinne der Tarifkommission war. So müssen Pflegehelfer*innen bei Vivantes mehr unterbesetzte Schichten leisten als die Fachkräfte mit der dreijährigen Ausbildung bis sie die Zahl der Belastungspunkte für eine Freischicht erreichen. Im Eckpunktepapier der Charité kommen die Pflegehelfer*innen allerdings erst gar nicht vor.

Vor allem ist jetzt eine genaue Kontrolle darüber gefor-

dert, welche Maßnahmen zur Einstellung von mehr Personal tatsächlich ergriffen werden – oder ob die Geschäftsführung mit dem doppeldeutigen „Versprechen“ „Entlastung des Personals wird ja gewährleistet“, Leistungsabbau zu Lasten der Patienten und auf Kosten von Neueinstellungen von mehr Personal verweigert.

Mittwoch, 13.10.: Zum Vortag der Verhandlungen für den „TVöD - Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ starten die streikenden Kolleg*innen in den Vivantes Tochtergesellschaften ihre Demonstration mit einer Kundgebung vor dem Roten Rathaus. Viele Plakate zeugen von der Qualität ihrer Arbeit. (siehe Foto auf Seite 12 oben).

Die Demonstration führt zur Zionskirche. Dort wurden Politiker*innen eingeladen, um sie an ihre Versprechungen vor der Wahl zu erinnern.

Die Zionskirche ist wieder gut gefüllt. Gäste sind die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Silke Gebel mit Andreas Audretsch (neu im Bundestag, Grüne) und Aferdita Suka (neu im Abgeordnetenhaus, Grüne) sowie Sven Meyer und Nina Lerch (beide neu im Abgeordnetenhaus, SPD). Sie stellen sich angesichts der zugespitzten Verhandlungssituation der entscheidenden Frage: *„Was werdet ihr tun, damit das Geld für einen Stufenplan in den TVöD hinterlegt wird?“* Sie antworten: Sie könnten derzeit nicht handeln, da niemand die Befugnis hat, der noch nicht eingesetzten Regierung Haushaltsbelastungen zuzuschreiben. Sie könnten nur noch einmal Raed Saleh und Franziska Giffey an ihr Versprechen erinnern. Die Forderung der Kolleg*innen werde in die Koalitionsverhandlungen eingebracht. Die Geduld und die Kraft der streikenden Kolleg*innen sind endlich, das machen sie empört und wütend klar. *„Es gab das 100-Tage-Ultimatum! Wie lange sollen wir denn noch streiken?“*

Donnerstag, 14.10.: Die Geschäftsführung pochte auf eine Schlichtung durch Matthias Platzeck, die Kolleg*innen wollten sich allerdings das Streikrecht nicht nehmen lassen. Damit setzte sich ver.di zunächst durch. Von Platzeck wird nun gefordert, den Streik für einen Tag, am Verhandlungstag, auszusetzen. Die Verhandlungen für die Tochtergesellschaften finden ohne den Moderator Platzeck statt, der wegen Krankheit ausfällt.

Freitag, 15.10.: Der Streik der Töchter wird fortgesetzt, die Verhandlungen ebenfalls. Die Streikversammlung ist voll besetzt, die Tariff Kommission (TK) berichtet von endlich annehmbarer Atmosphäre mit anderen Personen der Geschäftsführung. Die TK setzt erfolgreich die Forderung nach Wiederaufnahme der Medizinischen Versorgungszentren in die Verhandlung (s. 24.09.) durch. Sie fordert auch weiterhin die Aufnahme der Tochter Labor Berlin in die Verhandlung, es werde nach einer Lösung gesucht. Inhaltlich wird kein Durchbruch erreicht, da kein Zeitplan für den TVöD genannt wird. Der Streikaufruf für die wichtige kommende Woche wird unter Beifall entgegengenommen.

Montag, 18.10.: Es ist kalt. Treffpunkt der Streikenden 5:50 vor dem Klinikum Neukölln, um die Kolleg*innen der Tochterbetriebe wieder zum Streik zu motivieren, da dort viele die Arbeit wieder aufgenommen haben, weil sie die auch finanziellen Belastung des Streiks mehr und mehr überfordern. Die Verhandlung wird um 10:00 Uhr fortgesetzt, mit Moderator Platzeck. Fast 100 Kolleg*innen treffen sich auf der Streikversammlung vor dem Auguste-Viktoria-Klinikum. Platzeck bemängelt die Fortsetzung des Streiks während der Verhandlung. Die Geschäftsführung hat noch immer nicht die geforderte Vorlage geliefert, wie die Entgelte unter Schritten hin zum TVöD aussehen würden. Früher als geplant wird von Platzeck Schluss gemacht, man mutmaßt, dass er vielleicht „zur Politik geht“, um Finanzen zu klären. In den Chats gibt es Informationen zu einem erhöhten Streikgeld, da es aufgrund der hohen Streikbeteiligung Verzögerung bei der Erfassung der Streikbögen gab.

Dienstag, 19.10.: Demonstration vor der SPD-Zentrale, da die SPD mit Raed Saleh nach seiner Zusage, der TVöD werde nicht am Geld scheitern, in der Pflicht steht. Delegationen gehen zum Landesparteitag der Linken und zur Zentrale der Grünen, um die Finanzierung durch das Land Berlin einzufordern.

Mittwoch, 20.10.: Um 5:45 Uhr beginnt die Mobilisierungsaktion für die Kolleg*innen der Tochterbetriebe am Urban-Klinikum. Es ist Verhandlungstag, am späten Nachmittag treffen sich Teamdelegierte zur Bewertung des Verhandlungsstandes. Gibt es einen Durchbruch?

Donnerstag, 21.10.: Es stürmt in Berlin. Große Streikversammlung in zwei getrennten Gruppen zu je 100 Streikenden treffen sich zur Information und Diskussion des neuen Verhandlungsangebotes. Es ist kein Stufenplan zum TVöD, es liegen aber konkrete Angebote zum Mantel TVöD mit Zulagen und Zuschlägen inklusive Samstags-/Sonntags-Arbeit und Entgeltfortzahlung vor. Neu ist das Angebot der sechs Stufen, die aber nicht dem TVöD entsprechen.

Die Forderung von Platzeck ist Aussetzen des Streiks am 22. und 25.10. Falls darauf nicht eingegangen wird, werde er die Moderation/Schlichtung nicht fortsetzen und eine von ihm besorgte Summe zur Finanzierung des Angebotes werde es dann nicht geben.

Beide Gruppen entscheiden zwangsläufig für ein Aussetzen des Streiks. Die Stimmung ist aufgewühlt, es werden Schwachpunkte des Angebots diskutiert.

Ein Mitglied der Tariff Kommission schreibt: *„Am Montag ist die nächste Verhandlung. Dann muss neu bewertet werden. Wenn es sehr gut laufen sollte, wird abgestimmt, ob der Streik weiter ausgesetzt wird. Wenn es nicht gut läuft, wird Dienstag wieder gestreikt.“*

Montag, 25.10.: Der Streik für die Vivantes Töchter bleibt ausgesetzt. Die Verhandlungen werden anhand eines vorliegenden Eckpunktepapiers bis in die Nacht fortgesetzt. Am gleichen Tag findet bei Vivantes eine digitale Betriebsversammlung statt, in der der Betriebs-

rat, Tarifkommissionsmitglieder der Vivantes Mutter solidarische Grüße an alle Töchter aussprechen. Ein Tarifkommissionsmitglied der Mutter berichtet in der Versammlung, dass das Eckpunktepapier des Tarifvertrags Entlastung steht, aber noch nicht für alle Bereiche, man hofft bis 30.11.2021 einen Tarifvertrag vorlegen zu können, dem dann die Urabstimmung folgt.

Dienstag, 26.10.: Kein Streik. Nur die Töchter-Verhandlungskommission wird von der Arbeit freigestellt. Für 17 Uhr wird zu einem Präsenz-Teamdelegiertentreffen der Töchter für eine intensive Bewertung des kaum veränderten Angebotes eingeladen. Die Kräfte sind geschwunden, etliche krank. Die Arbeitgeberseite, einschließlich Matthias Platzeck, hatte die Tarifkommission in der Nacht vor die erpresserische Entscheidung gestellt, entweder das jetzige Angebot innerhalb von 40 Minuten anzunehmen oder abzulehnen und weiter zu streiken. Im Falle der Ablehnung sei das Angebot von Matthias Platzeck und die angeblich von ihm besorgten Finanzmittel (68,5 Mio. EUR) für den Tarifvertrag „weg“. Der Streik wird mit diesem Ultimatum unterbunden und der „Moderator“

Solidarität mit den Beschäftigten des Labor Berlin

„...Wir haben viel erreicht – Tarifverträge Entlastung für Charité und Vivantes, Tarifverträge für 6 Vivantes Tochtergesellschaften. Aber eines fehlt noch – es fehlt der Tarifvertrag für die Beschäftigten des Labor Berlins, und Ihr fehlt uns heute und hier. Die Arbeitgeber haben mit Scheinargumenten dagegen argumentiert, die Tarifverhandlungen für das Labor zeitgleich mit anderen Vivantes Tochtergesellschaften aufzunehmen. Unser gemeinsamer Druck hat nicht ausgereicht, diese Blockade zeitgleich mit den anderen Punkten, wo wir etwas bewegen konnten, zu durchbrechen. Aber wir lassen weder die Vivantes- noch die Charité Geschäftsführung noch euren direkten Arbeitgeber aus der Verantwortung. Ihr seid unsere Kolleg*innen, ihr arbeitet im Hintergrund gemeinsam mit uns an der Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten, ihr habt während der letzten fast 2 Jahre Pandemie immenses geleistet. Ihr verdient Wertschätzung und Anerkennung für eure Arbeit. Es ist längst Zeit, dass auch für das Labor Berlin, als einer 100% Tochter des landeseigenen Unternehmens, die Ansage aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wird, endlich faire Löhne in den einem Tarifvertrag zu vereinbaren.“

*Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bildungsurlaubs
„Wir sind die Basis“, 10.12.2021*

Platzeck verwandelt sich über Nacht zum „Schlichter“. Die Verhandlung stand kurz vor dem Scheitern.

Das Angebot mit Geltung ab 01.01.2022 und einer Laufzeit von 5 Jahren wird in der Versammlung ausführlich erläutert. Die unterschiedliche Annäherung an den TVöD für die Ambulante Rehabilitation und Service Gesellschaft einerseits und Reinigung, Speiseversorgung und Medizinische Versorgungszentren andererseits wird berechtigt als Spaltung gesehen. Als Vorteil wird die dynamisch auf die TVöD-Tabellen bezogene Gehaltsentwicklung beurteilt und damit auch die Möglichkeit, die Töchter für die kommende TVöD-Runde mit zum Streik aufzurufen. In letzter Minute erkämpften die Vertreterinnen der Reinigung und der Speiseversorgung eine Einigung für alle Teilzeitkräfte, die im letzten Jahr regelmäßig mehr arbeiteten als vertragsgemäß vorgesehen. Sie sollen bei entsprechendem Nachweis den Anspruch auf eine Arbeitszeitaufstockung geltend machen können. Der TVöD-Mantel wird mit wenigen Ausnahmen übernommen, sowie die Tabellenstruktur mit leicht veränderter Laufzeit der sechs Stufen. Die Entgeltordnung soll vollständig übernommen werden.

Schließlich stimmen von 76 Teamdelegierten 68 für das Eckpunktepapier, die Tarifkommission nimmt das Angebot einstimmig an. Der Streik wird ausgesetzt bis zur Urabstimmung, die für Anfang Dezember angedacht ist. Bei Annahme würde der unbefristete Streik nach über 6 Erzwingungsstreikwochen enden. Erste Erhöhungen sollen Anfang Dezember ausgezahlt werden.

Donnerstag, 28.10.: Es gibt laut ver.di die feste Zusage des noch amtierenden Finanzsenators Matthias Kollatz gegenüber Vertreter*innen der Tarifkommission, den Tarifvertrag in Höhe von 68,5 Mio. EUR finanziell abzusegnen. Das Bestehen auf einer solchen Zusage entspricht der Erfahrung aus dem Streik der Charité Tochter Facility Management, deren Tarifvertrag ohne Zusage des Senats abgeschlossen wurde und jetzt – mit Hinweis auf die fehlende Finanzierung – von der Geschäftsführung über Kompensationen unterlaufen wird.

Freitag, 29.10.: Das Eckpunktepapier wird unterzeichnet und sogleich veröffentlicht in einer Vivantes Pressekonzferenz mit Dr. Danckert (Geschäftsführer), Matthias Platzeck, ver.di Verhandlungsführer Ivo Garbe und einer Vertreterin der Tarifkommission. Matthias Platzeck stellte dabei klar, dass er als Beauftragter der designierten Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey verhandelt hat. Er war also weder Moderator noch Schlichter, sondern Vertreter des Senats. Ivo Garbe sprach von guten und schlechten Kompromissen. Geschäftsführer Danckert blickt in der Pressekonferenz nebenbei auf die **Gesundheitsstadt 2030** und droht mit weiteren Ausgliederungen: „*Ich wünsche inständig, dass die Tochtergesellschaften in 10 Jahren noch bei Vivantes sind.*“

*Diese Chronik wurde von Charlotte Rutz-Sperling zusammen mit weiteren Kolleg*innen erstellt*

Das Wenckebach-Klinikum muss bleiben!

Gerüchte gab es schon seit längerer Zeit. Es war zu spüren. Schließlich wurde von Vivantes seit Jahren nicht mehr in notwendige Sanierungen und Instandhaltungen investiert. Am 10. März 2021 stellte die Geschäftsführung von Vivantes der Presse ihr Konzept für das Jahr 2030 vor. Ausdrücklich wird die Schließung des Wenckebach-Klinikums im Berliner Stadtteil Tempelhof als bettenführendes Krankenhaus bestätigt: „2020 begann durch die ersten Stationsumzüge an das Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum die Umsetzung des Zukunftskonzepts „Gesundheitscampus Wenckebach.“ Begründet wird der „Umzug“ des WBK in das AVK damit dass es durch „ein innovatives ambulantes Versorgungszentrum für Prävention, integrative Versorgung und seelische Gesundheit abgelöst“ werden soll. Eine vornehme und beschönigende Umschreibung für die Schließung!

Bei der Abwicklung des Wenckebach-Klinikums in Tempelhof lässt der Senat der Geschäftsführung von Vivantes freie Hand. Die Schließung des Wenckebach-Krankenhauses in Tempelhof wird weiter fortgesetzt, als ob es nicht einen breiten Widerstand unter den Beschäftigten und in der Bevölkerung gegeben habe.

Flugblatt des Politischen Arbeitskreises Gesundheit vom 1. März 2021 (Auszüge)

Sofortiger Stopp der Stationsverlagerungen aus dem Wenckebach-Klinikum!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Bürgerinnen, lieber Bürger,

das Vivantes Wenckebachklinikum (WBK) als bettenführendes Krankenhaus soll in den Standort Auguste-Viktoria-Klinikum (AVK) verlagert werden. Das hat einschneidende Folgen für die Gesundheitsversorgung im Kiez.

Begründet wird die Verlagerung mit dem hohen Investitionsbedarf im Wenckebachklinikum. Und der Umzug hat schon begonnen.

Dabei war das Wenckebachklinikum in den letzten Jahren immer gut belegt und hatte gut gearbeitet.

Der OP wird nicht ausgelastet, da pandemiebedingt nicht lebensnotwendige Operationen kaum durchgeführt werden und Patient*innen von sich aus wegbleiben.

Jetzt stellt sich heraus, dass im AVK nicht ausreichend Räume für die zusätzlichen Patient*innen aus dem WBK vorhanden sind. Eine Fachdisziplin soll sogar in noch ältere Gebäude mit zu wenig Räumen umziehen, als sie im Wenckebach jetzt zu Verfügung haben. Die Geschäftsführung spricht nun für die gesamte Verlagerung von „Interimslösungen“ bzw. „Umzugsrochaden sowohl innerhalb des AVK als auch vom WBK in den Neu- und Alt- bestand des AVK“.

Wie soll denn das auf Stammpersonal und die wenigen Bewerber*innen und wirken, die sich bewusst für ein kleines Krankenhaus entschieden haben, wenn sie von Umzugsplänen in eine Großklinik hören? Nachbesetzungen im ärztlichen Bereich werden seit langem für beide Standorte durchgeführt, und man fragt, wie oft sie sich mittlerweile überhaupt noch im Wenckebach blicken lassen.

Versprechungen, dass die Teams zusammenbleiben können, trauen die Kolleg*innen nicht mehr und viele

verlassen das WBK. Sie sind ohnehin am Limit durch die Pandemielage.

Die Qualität dieses bislang funktionierenden Krankenhauses geht verloren, da bald die Rettungsstelle und die Intensivstation rausgeschnitten werden sollen, die eine Notfall-Anlaufstelle für alle medizinischen Disziplinen innerhalb des Hauses darstellen. Sollen die Patient*innen jedes Mal in andere Häuser fahren oder gleich ganz verlegt werden, also vom WBK ins AVK oder woanders hin?

Im Ergebnis zerfällt der Betrieb im Wenckebachklinikum zusehends.

Inzwischen ist auch klar geworden, dass selbst im Haushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses große Bedenken hinsichtlich der Finanzierung der auf dem Gelände des Auguste-Viktoria-Klinikums geplanten Neubauten herrschen. Bisher sind mehr als die Hälfte der geplanten Neubauten nicht ausfinanziert. Die benötigten Gelder sind in keiner Weise vorhanden, so erläuterte Philipp Bertram, für die Linke im Abgeordnetenhaus.

In der Öffentlichkeit wird von Verantwortlichen die un-

„Für uns ist unverständlich, dass mitten in der Pandemie ein Berliner Klinikum geschlossen wird. Für eine qualifizierte Krankenhausversorgung in Tempelhof brauchen wir das Wenckebachklinikum, das ist der Wille der Mitarbeiter*innen, und das zeigt die Petition aus der Mitte der Tempelhofer Bevölkerung.“

Aus einem Brief des ver.di Bezirksvorstands an die Berliner Parteien CDU, SPD, FDP, Die Linke, DIE GRÜNEN

strukturierte Schließung der Stationen als reiner Umzug deklariert. Aber selbst Fachleute sprechen in diesem Prozess vom Spiel mit dem Feuer, der extrem dynamisch und zerstörerisch ist. Die Erfahrung aus anderen Orten ist, dass ein Krankenhaus mit einer für spätere Jahre geplanten Schließung innerhalb von wenigen Wochen zusammengebrochen ist, weil der Betrieb nicht mehr aufrechterhalten werden durfte.

Es wurde protestiert: Mitarbeiter*innen haben mehrmals Unterschriften für ihr Haus gesammelt, vor der Klinik demonstriert, in den Medien erschienen viele Berichte wie „Das Sterben der Kliniken“ in der Berliner Zeitung vom 22.01.2021.

Die Anwohnerin Andrea Huck startete 2020 mit großem Zuspruch eine Online Petition „Rettet das Vivantes Wenckebachklinikum Tempelhof“ und wartet heute noch auf Antworten aus der Politik wie der Bezirksbürgermeisterin und der Gesundheitssenatorin. Andrea Huck fordert z.B., dass eine Augenklinik, eine HNO und eine Gynäkologie im WBK eingerichtet werden sollen.

Aus der gemeinsamen Diskussion am 10. März 2021 ging die gemeinsame Initiative „Wenckebach-Krankenhaus muss bleiben“ hervor. Die Hauptforderung: Sofortiger STOPP der Verlagerung der Stationen und Bereiche aus dem Wenckebach-Klinikum ins Auguste-Viktoria-Klinikum! Am 25. März 2021 fand um 14:30 Uhr eine Kundgebung vor dem Wenckebachklinikum statt (siehe Fotos auf der folgenden Seite).

Eine funktionierende Klinik bricht zusammen – Was ist zu tun?

Der Aufsichtsrat, in dem die Gesundheitssenatorin und der Finanzsenator sitzen, muss über einen sofortigen Stopp der Stationsverlagerungen RS verfügen und für einen sicheren Betrieb sorgen.

Die Pläne samt der Nachnutzung sind neu zu überprüfen! Das Land Berlin hat Verantwortung für seine Grundstücke. Vivantes darf seine Gebäude nicht den Spekulanten zum Fraß vorwerfen.

Um das gemeinsame Handeln zu diskutieren, laden wir ein zu einem **Treffen per Videokonferenz:**

- VertreterInnen der ver.di Betriebsgruppe Wenckebachklinikum
- Andrea Huck, Initiatorin der Petition „Rettet das Wenckebachklinikum-Tempelhof!“
- Gemeingut in BürgerInnenhand – Bündnis Klinikrettung

Termin: 10.03.2021 19:00 Uhr. (...)

Flugblatt des Politischen Arbeitskreises Gesundheit vom 3. April 2021 (Auszüge)

Über 100 Bürgerinnen und Bürger, darunter 30 Kolleg*innen aus allen Bereichen des Wenckebach-Klinikums demonstrieren gemeinsam für:

Sofortiger Stopp der Stationsverlagerungen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am 25.3. fand die Kundgebung der Initiative „WENCKEBACH-KRANKENHAUS MUSS BLEIBEN!“ vor dem Wenckebach-Klinikum statt. Betriebsratsmitglieder und VertreterInnen von ver.di machten deutlich, dass einmal das Finanzierungssystem des Gesundheitswesens geändert werden muss, aber auch, dass das Land Berlin endlich die notwendigen Investitionskosten übernehmen muss. Deutlich wurde auch, es geht um das Gesundheitswesen in Berlin.

Die Schließung des Wenckebach-Klinikums soll erst der Anfang sein... weitere Schließungen sollen folgen!

Berichtet wurde auch, dass 700 Beschäftigte aus den Krankenhäusern von Vivantes und Charité am Start sind, um einen Tarifvertrag für mehr Personal noch vor den Wahlen zu erkämpfen.

Endlich Neueinstellung - real mehr Personal! Nur so können die Krankenhäuser in Zukunft arbeiten.

VertreterInnen der Petition „Rettet das Wenckebach-

Klinikum Tempelhof“, und des „Bündnis Klinikrettung“, verdeutlichten nochmals:

Mitten in der Pandemie ein gut funktionierendes Krankenhaus dem Verfall und der Schließung preiszugeben, ist einfach nur unverantwortlich.

VertreterInnen der eingeladenen Parteien, CDU, SPD, Grüne und der Linken sprachen sich ausnahmslos gegen die drohende Schließung des Wenckebach-Klinikums aus. Das verlangt aber den sofortigen Stopp und Rücknahme aller Maßnahmen zur Verlagerung des Wenckebach-Klinikums.

Die eingeladenen Senatoren Matthias Kollatz und Dilek Kalayci sowie der regierende Bürgermeister Michael Müller haben auf die Einladung nicht reagiert.

Deshalb wurde von der Kundgebung aus zu einer Delegation zur Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci, aufgerufen:

Für den sofortiger STOPP der Verlagerung der Stationen und Bereiche aus dem Wenckebach-Klinikum ins Auguste-Viktoria-Klinikum!

Frau Kalayci entscheiden Sie und weisen Sie die Geschäftsführung entsprechend an!

Schluss mit Krankenhaus-schließungen und Bettenabbau! (...)

(...) **Die Schließung des Wenckebach-Klinikums ist nur der Einstieg in weitere geplante große Umstrukturierungen mit Schließungen und Bettenabbau bei Vivantes**, ganz wie es der Geschäftsführer von Vivantes, Johannes Danckert, gesagt hat: „Vivantes hat einen Bedarf von 1,5 Mrd. € für den Zeitraum der nächsten zehn Jahre, um überhaupt Krankenhäuser betreiben zu können. Sollte dieses Geld nicht zur Verfügung gestellt werden, wird Vivantes auch weitere Standorte, das Wenckebach-Klinikum ebenso, nicht im geplanten Umfang weiterbetreiben können.“

Der Kampf für den Erhalt des Wenckebach-Klinikums ist der Kampf für eine verantwortungsvolle Gesundheitsversorgung in Berlin

Eine gemeinsame Holding soll in Zukunft Charité und Vivantes führen, die dann zu Tochterbetrieben der Holding degradiert werden. (...)

Es werden nur die profitablen Bereiche eine besondere Förderung erhalten. Damit setzen die Geschäftsführungen auf Profitcenter. Das hat mit der Verpflichtung eines öffentlichen Krankenhauses auf die qualifizierte Gesundheitsversorgung für alle, wenig zu tun. Die Charité und Vivantes werden so denselben Gesetzen des Markt-Wettbewerbs, wie z.B. der Helios-Konzern, unterworfen. (...) Vivantes, einst entstanden aus einer Zusammenfassung der meisten Berliner Bezirkskrankenhäuser, will eine Reihe von diesen abstoßen. Das versteckt sich hinter Ankündigungen von Umzügen und Umwidmungen von Häusern.

So wird ausdrücklich die Schließung des Wenckebach-Klinikums als bettenführendes Krankenhaus als erster



Schritt bestätigt — ein erster Schritt für eine weitreichende Umstrukturierung des Berliner Gesundheitswesens.

Mit den personellen Entscheidungen auf Bundesebene wird deutlich, dass die Mega-Fusion **jetzt** erfolgen soll! Aber auch die neue **Berliner Koalition** bereitet sich vor. So wurde erstmals die Ressorts Wissenschaft und Gesundheit zusammengelegt. Charité und Vivantes werden ab sofort von **einer** Senatsverwaltung geführt.

Deshalb:

Verteidigen wir gemeinsam das Wenckebach-Klinikum!

So verteidigen wir den Sinn unserer Tarifverträge!

Die Kolleg*innen haben den Tarifvertrag erkämpft. Nur sie können ihn über ihre Betriebsgruppen und das gemeinsame Handeln ihrer Vertreter*innen aus allen Standorten schützen.

Dafür müssen wir uns in den Betriebsgruppen von ver.di organisieren!

Rund 80 Bürger*innen und Beschäftigte diskutierten am 21. Januar 2022 auf Einladung der „Initiative Wenckebach-Krankenhaus muss bleiben!“ in einer Videokonferenz mit verantwortlichen Politiker*innen auf Stadtbezirksebene und aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, sowie der Geschäftsführung von Vivantes. Deutlich ist der eindeutige Wille der Bevölkerung und der Beschäftigten:

Das Wenckebach-Klinikum muss für Tempelhof, einem Stadtteil mit 200.000 Einwohnern, erhalten bleiben. Wir können es nicht akzeptieren, dass die Gesundheitsversorgung einer fortgesetzten Kaputtsparpolitik des Senats geopfert wird.



Berlin: „Gesundheitsstadt 2030“

Der Begriff „Gesundheitsstadt 2030“ geisterte durch die Wahlprogramme, aber auch die Presse. Es ist ein nebulöser Begriff, und es wird nicht genau gesagt, was man damit meint.

Auch in der Gewerkschaft ver.di wird die Frage gestellt: „Gesundheitsstadt 2030 mit oder ohne faire Löhne? Mit einer guten Patient*innenversorgung und ausreichend Personal oder ohne? Eine attraktive Ausbildung mit geregelter Zeit für Praxisanleitung oder ohne?“ Reicht diese Fragestellung aus, um zu erfassen, worum es geht?

Schon im März 2019 legte die Zukunftskommission „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ unter Vorsitz von Prof. Dr. Karl Lauterbach einen Vorschlag vor: Fusion von Charité und Vivantes.

Mario Kunze, ver.di Vertrauensmann bei Vivantes, hat diesen Bericht gelesen. Im Folgenden veröffentlichen wir seine Analyse.

Im November letzten Jahres legte die Charité ihre konkreten Vorschläge vor, wenig später folgte die Geschäftsführung von Vivantes. Dazu Anmerkungen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, in einem weiteren Beitrag von Gotthard Krupp, Mitglied im ver.di Bezirksvorstand Berlin.

MEGA-Fusion von Charité und Vivantes: Öffnung für die Privatisierung

Im März 2019 wurde der „Ergebnisbericht der Zukunftskommission zur Gesundheitsstadt Berlin 2030“ veröffentlicht. Seit 2018 war diese Zukunftskommission aktiv und hat sich insgesamt, sage und schreibe, sieben Mal getroffen, was bei der Tragweite des Ergebnisses enorm effektiv ist.

Der grundsätzliche Inhalt ist schnell zusammengefasst: Auf 27 Seiten werden für die Krankenversorgung unserer Stadt neue Geschäftsfelder abgesteckt. Die einzigen beiden Klinikunternehmen Berlins, auf die die öffentliche Hand überhaupt einen nennenswerten Einfluss hat, werden unter dem Verwaltungsdachverband einer Holding zusammengeführt. Damit wird der Einfluss des Landes weiter geschwächt.

Eine Holding besteht immer aus mindestens zwei Gesellschaften, wobei es eindeutig eine Muttergesellschaft gibt.

Der Rest sind Tochtergesellschaften.

Im vorliegenden Fall würden wir also die Umwandlung zweier Mutterkonzerne in Tochtergesellschaften erleben, denn die neu zu gründende Verwaltungsgesellschaft wäre die Muttergesellschaft und Charité und Vivantes demzufolge die Töchter.

Diese Verwaltungsgesellschaft soll zwar hundertprozentig dem Land Berlin gehören, aber darunter ist man für alles offen. Wie wir bereits aus der Vergangenheit bei Charité und Vivantes lernen konnten, wird dann dieser Dachverband von Managern, Buchhaltern und Erbsenzählern über die qualitative Krankenversorgung in unserer Stadt entscheiden.

Dazu ein Zitat des Papiers (S.25): „Die stationäre Krankenversorgung der Zukunft wird durch exzellent ausgebildetes Verwaltungspersonal ermöglicht[...]"

Man staunt, es sind nicht Ärzt*innen, PflegerInnen, die

Kolleg*innen des Krankentransports, die entscheidend sind, nein systemrelevant ist das Verwaltungspersonal, denn das rechnet ja ab!

Der geplante Umbau funktioniert nur mit der Zerschlagung der bestehenden Strukturen, denn auch die Geschäftsfelder von Charité und Vivantes werden neu aufgeteilt.

Offen schreiben sie gleich auf Seite 7.:

„Etablierung eines Aufgabenverbunds Eine enge Verknüpfung von öffentlicher universitärer und nicht-universitärer stationärer Versorgung mit einer Fokussierung der Charité – Universitätsmedizin Berlin auf Hochleistungsmedizin, während Vivantes – Netzwerk für Gesundheit die übrige Versorgung übernimmt, bringt umfassende Potenziale mit sich.“

Während die Charité sich auf die lukrativen Sahnestückchen auch aus dem Vivantes Konzern freuen kann, wird Vivantes sich mit dem Rest begnügen dürfen. Zum Beispiel könnte die Somatik aus der Charité herausgelöst werden und einen ähnlichen Werdegang erfahren, wie dereinst die Altenpflege. Diese ist inzwischen bundesweit aus den Kliniken ausgegliedert, oder privatisiert worden.

Gleichzeitig wird es zwangsläufig eine Abwertung bestehender Vivantes Standorte geben, die zu weiteren Bettenstandortschließungen führen werden. Die Schließung des Bettenstandortes Wenckebach ist ein erster Hinweis.

Was diese Empfehlung für die Beschäftigten beider Unternehmen bedeutet? Tarifflicht, Ausgliederung und Spaltung der Belegschaft.

Alles soll auf den Prüfstand. So heißt es auf Seite 17 des Papiers: „Zu prüfen ist darüber hinaus, ob bestehende oder noch zu errichtende gemeinsame Einrich-

„Silicon Valley der Gesundheitswirtschaft“ (Tagesspiegel)

Am 15. August 2019 hat die Geschäftsstelle „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ unter Leitung des Gesundheitsexperten Boris Velter, bis Dezember 2018 Staatssekretär bei Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci, ihre Arbeit aufgenommen. Sie wurde gemeinsam von der Charité Universitätsmedizin Berlin und der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH eingerichtet und soll die Umsetzung der Empfehlungen der Zukunftskommission „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ unterstützen.

Boris Velter nimmt seine Aufgabe als Sonderbeauftragter dafür sehr ernst: Schließlich geht es um die Frage, was Berlin braucht, um internationale Medizinmetropole zu werden; d.h. die Stadt zu einem „Silicon Valley der Gesundheitswirtschaft“ zu machen

Der Tagesspiegel beschreibt seine Aufgabe so: *„Er soll helfen, die landeseigenen Klinikkonzerne Vivantes und Charité in eine Dachgesellschaft zu führen. Er soll Synergien zwischen Krankenhäusern, Hochschulen und Pharmafirmen erzeugen.“*

Damit sollen die zwei größten Kliniken in Berlin dem Zugriff privater Firmen geöffnet werden, staatliche Pharmafirmen gibt es nicht.

tungen wie der Ausbildungscampus, das internationale Geschäft, das Labor sowie skalierbare Aufgaben wie Informationstechnologie in die Verantwortung der Dachstruktur überführt werden können.“

Auch hier finden wir schon heute eine entsprechende Praxis. Labor Berlin und der Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe (BBG) sind mittlerweile Tochtergesellschaften, an dem die Charité und Vivantes fast gleichrangig beteiligt sind.

Hier werden die Auswirkungen und Vorboten aktuell sehr deutlich. Den Beschäftigten des Labor Berlin wird derzeit verwehrt, sich an den Tarifverhandlungen für einen Tarifvertrag in den TVöD aller Tochtergesellschaften von Vivantes zu beteiligen. Die BBG hat in ihrem Aufsichtsrat beschlossen, den unternehmenseinheitlichen Betriebsrat Vivantes in ihrem Unternehmen nicht anzuerkennen und mit aktiver Unterstützung der dortigen Geschäftsführerin einen eigenen Betriebsrat wählen lassen.

Der unternehmenseinheitliche Betriebsrat von Vivantes war bisher ein Garant gegen die Zerschlagung des Vivantes Konzerns und erwehrt sich massiver zunehmender Angriffe aus der Geschäftsführung. Wir haben es also mit verschiedenen Attacken auf Interessenvertretungen beider Häuser zu tun, denn auch in der Charité gehen die Angriffe in deren Tochtergesellschaft CFM massiv weiter.

Ziel ist eindeutig die Zerschlagung von unabhängigen Interessenvertretungen und Strukturen, die einem Umbau im Wege stehen könnten.

Zum Schluss, wozu der Umbau?

Geht es etwa um die Gesundheitsversorgung der Stadt? Nein, sicher nicht, dann würde das Land Berlin endlich die notwendigen Investitionen bezahlen!

Es geht um den weiteren Ausverkauf des staatlichen Gesundheitswesens und die Öffnung der kommunalen Töpfe für die Privatwirtschaft, indem Steuer- und Krankenkassengelder in private Profite umwandelt. Schon jetzt sind private Gesellschaften am Umbau beteiligt und in die angestrebte Holding eingeplant.

Übertrieben? Wir zitieren hier nur die grundlegende Aussage auf Seite

19: *„Wie oben beschrieben gibt es in Berlin eine Reihe weiterer Krankenhäuser, die durch öffentliche, freige-meinnützige und private Anbieter betrieben werden. Eine Zusammenarbeit zwischen dem Komplex aus Charité – Universitätsmedizin Berlin und Vivantes – Netzwerk für Gesundheit und diesen Häusern wäre im Sinne einer optimalen Patientenversorgung ebenfalls anzustreben.“*

Nur Zusammenarbeit? Das ist erst der Anfang. So schreiben die Autoren am Schluss auf Seite 26: *„Es ist den Verfasserinnen und Verfassern des vorliegenden Papiers bewusst, dass mit den angesprochenen Fragestellungen nur ein Ausschnitt des Gesamtsystems der Krankenversorgung in Berlin beleuchtet werden kann. In notwendigen nächsten Schritten müssen, die nicht öffentlich getragenen Krankenhäuser in die Überlegungen einbezogen werden. Außerdem muss die Interaktion mit dem ambulanten Sektor Gegenstand von Folgeüberlegungen sein.“*

Es geht also um die Privatisierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung, einhergehend mit Tariffucht und Ausgliederung.

Mario Kunze, April 2021

Anmerkung: Der Bericht ist zu finden unter:

<https://www.berlin.de/sen/gpg/service/presse/2019/pressemitteilung.795890.php>

Karl Lauterbach (SPD) ...

... ist der neue Gesundheitsminister. Am 4. Juni 2019 twwiterte er: *„Jeder weiß, dass wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite Klinik schließen sollten. Dann hätten wir in anderen Kliniken genug Personal, geringere Kosten, bessere Qualität, und nicht so viel Überflüssiges. Länder und Städte blockieren.“*

Lauterbach war 2003 an der Einführung des DRG-Systems beteiligt. Von Juli 2001 bis Juni 2013 war er Mitglied des Aufsichtsrats der Rhön-Klinikum AG.

MEGA-Fusion von Charité und Vivantes: „Transformation“ der Gesundheitsversorgung

Die Geschäftsführungen von Vivantes und Charité veröffentlichten Glanzprospekte, in denen sie die zukünftige „schöne neue Welt“ der Gesundheitsversorgung anpreisen. Getreu den Vorgaben von Herrn Lauterbach, wird alles auf den Prüfstand gestellt. Vivantes benötigt gleich zwei Broschüren, um ihre Vorstellungen zu präsentieren. Die eine hat den Titel „*Leben in Berlin*“ (34 Seiten) und die andere „*Strategie 2030 – Transformation gestalten*“ (40 Seiten).

Das packt die Charité in ein 70-seitiges Papier mit dem wunderbaren Titel „*Rethinking Health*“ – „*Wir denken Gesundheit neu*“. Beide Geschäftsführungen schildern, wie das Krankenhaus in der Zukunft aussieht, digitaler, die Patienten*innen, die immer mehr „*Apps zum Selbstmanagement*“ verwenden sollen, werden einbezogen. Telemedizin gehört genauso in die neue Welt, wie die „*Ausschöpfung von digital-basierten therapeutischen Lösungen*.“ „*Digitale Transformation im Krankenhaus*“, das ist die Zukunft.

Vivantes wie Charité wollen sich im Wettbewerb neu aufstellen. Beide haben elementare Probleme, vor denen sie stehen. Die Vivantes Geschäftsführung verband die Präsentation mit der Darstellung eines Verlustes wegen der Corona-Pandemie in Höhe von 64 Millionen. Und sie verwies darauf, dass „*die baulichen und technischen Investitionen, die im Bereich der Krankenversorgung notwendig sind, um das landeseigene Unternehmen zukunftssicher aufzustellen, ... sich auf rund 1.5 Mrd. Euro in den kommenden zehn Jahren (belaufen).*“ Ausdrücklich weist die Geschäftsführung darauf hin: „*diese Summe kann unter den bestehenden Bedingungen nicht von Vivantes selbst erwirtschaftet werden. Hier ist Unterstützung durch den Eigentümer erforderlich und sinnvoll.*“

Ähnlich, wenn auch nicht so direkt und vornehmer, argumentiert auch die Charité. In ihrer Broschüre heißt es unter „*Wirtschaftlichkeit und Investitionen*“ (S.53): „*Das Korsett der dualen Finanzierung in der Krankenversorgung über die Krankenkassen (für die Betriebskosten) und die Bundesländer (für die Investitionen ...) ist zum einen einem dynamischen Wandel unterworfen, wird aber gleichzeitig zunehmend enger.*“

Dem unterwirft sich die Geschäftsführung zwar nicht „*über kurzfristige Kostensenkungsmaßnahmen, sondern über den gezielten Ausbau und die Förderung ihrer Stärken.*“ Und weiter heißt es: „*Dabei nimmt die Charité in Kauf, dass nicht alle Bereiche gleichermaßen aus- gestattet werden können.*“

Es sind die profitablen Bereiche, die eine besondere Förderung erhalten sollen. Das Setzen auf Profitcenter hat mit der Verpflichtung eines öffentlichen Krankenhauses auf die qualifizierte Gesundheitsversorgung für alle wenig zu tun. Die Charité unterwirft sich denselben Gesetzen des Markt-Wettbewerbs wie der Helios-Konzern.

Die Geschäftsführung von Vivantes erläutert ihrerseits: „*Die Einhaltung der definierten Mindestmengen (!), Strukturmerkmale und Personaluntergrenzen führt nicht nur zu einer besseren Versorgungsqualität, sondern sorgt auch für eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems.*“

Um den Satz zu verstehen, noch einmal genauer: Für Vivantes heißt „*nachhaltige Wirtschaftlichkeit*“, dass mit der Einführung von Untergrenzen die Ausrichtung an dem niedrigen jetzt gegebenen Niveau gemeint ist (nach Gesundheitsminister Spahn) d.h. Zementierung des Personalmangels, also Kostenersparnis.

Außerdem hat die Vivantes Geschäftsführung auch niedrigere Löhne im Blick.

So sieht sie z.B. in ihrem Strategiepapier eine Transformation zu „*marktgerechten Löhnen*“ vor. Also: TVöD ade oder anders formuliert, statt TVöD für alle, TVöD für niemanden? Die Hartnäckigkeit, mit der die Geschäftsführung in den Verhandlungen in den Töchtern Beschäftigten die Forderung nach TVöD abzuspüren versucht, lässt Böses ahnen. Die Charité setzt sich erst gar nicht mit solchen Banalitäten wie Löhnen und Gehältern auseinander. Lohnsenkungen realisiert sie vor allem über Ausgliederungen (siehe das Beispiel CFM).

In Vorbereitung auf die Mega-Fusion: Reduzierung der Klinikstandorte

Bei Vivantes wird die Umstrukturierung zugleich mit Bettenabbau und Krankenhausschließungen verbunden. Vivantes, einst entstanden aus einer Zusammenfassung der meisten Berliner Bezirkskrankenhäuser, will eine Reihe von diesen abstoßen. Das versteckt sich hinter Ankündigungen von Umzügen und Umwidmungen von Häusern.

So wird ausdrücklich die Schließung des Wenckebach-Klinikums als bettenführendes Krankenhaus bestätigt: „*2020 begann durch die ersten Stationsumzüge an das Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum die Umsetzung des Zukunftskonzepts „Gesundheitscampus Wenckebach.“* Begründet wird der „Umzug“ des WBK in das AVK damit, dass es durch „*ein innovatives ambulantes Versorgungszentrum für Prävention, integrative Versorgung und seelische Gesundheit abgelöst*“ werden soll. Das ist die beschönigende Umschreibung für die Schließung!

Und nicht nur das: Sie verschweigen nicht, dass das nur der Anfang ist und weitere Einrichtungen folgen werden.

Gestützt auf die Bertelsmann Studie, die die Schließung von mehr als der Hälfte der Krankenhäuser (von 1400 auf unter 600 Krankenhäuser) fordert, schreibt die Vivantes Geschäftsführung, dass sich die Zahl „*aller Berliner Klinikstandorte*“ bis 2030 reduzieren wird. Die Schließung des Wenckebach-Klinikums soll

erst der Anfang sein... Weitere Schließungen sollen folgen!

Es ist auffallend, dass die Geschäftsführungen sowohl von Charité wie Vivantes immer wieder betonen, wie wichtig qualifiziertes Personal sei, aber niemals nennen, wieviel Personal sie meinen.

Fakt ist aber die Arbeitslosigkeit der Krankenhausbeschäftigten steigt.

Eine gesicherte Gesundheitsversorgung in Berlin braucht endlich mehr Personal!

Das aber ist sicher nicht vereinbar mit der angestrebten „nachhaltigen Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems“, die durch die Fusion von Charité und Vivantes erreicht werden soll.

Sie provozieren auch Widerstand.

Der engagierte Kampf der Beschäftigten und der Bevölkerung für den Erhalt des Wenckebach-Klinikums wird ein Signal setzen. Ebenso wie der Kampf der Beschäftigten für die Rückführung und TVöD für alle.

Gotthard Krupp, März 2021

Die Unterfinanzierung bei den Investitionen von Vivantes in Zahlen

Jahr	Investitionen	Eigenmittel	in Prozent
	in Mio.	in Mio.	
2010	57,00 €	30,00 €	52,63
2011	38,00 €	23,00 €	60,53
2012	36,00 €	21,00 €	58,33
2013	68,00 €	45,00 €	66,18
2014	56,00 €	37,00 €	66,07
2015	66,00 €	43,00 €	65,15
2016	68,00 €	52,00 €	76,47
2017	82,00 €	55,00 €	67,07
2018	103,00 €	77,00 €	74,76
2019	171,00 €	127,50 €	74,56

Große Koalition und rot-rot-grüner Senat sparen die Krankenhäuser kaputt Vivantes vor der Pleite?

Die Vivantes-Krankenhäuser betreuen so viele Corona-Patienten wie kein anderes Klinikunternehmen in Berlin. Interne Zahlen von Europas größtem kommunalen Klinikkonzern Vivantes in Berlin zeigen, dass in den Krankenhäusern coronabedingt jede fünfte Pflegekraft fehlt. Trotz dieses katastrophalen Personalmangels kann z.B. Kurzarbeit nicht ausgeschlossen werden.

Wie die meisten öffentlichen Krankenhäuser in Deutschland arbeiten die Vivantes-Kliniken seit Langem am Belastungslimit. Da die besonders „lukrativen“ Operationen und Eingriffe im vergangenen Jahr fast vollständig ausgefallen sind, arbeiten sie mit Verlust. Die Ausgleichszahlungen des Bundes an die Krankenhäuser gleichen die entstandene Finanzlücke bei Weitem nicht aus. Insgesamt wurde von den Krankenhäusern des Vivantes-Konzerns rund 42.000 Patienten weniger stationär behandelt als im Vorjahr und fast 50.000 weniger als geplant. 2004 drohte Vivantes, Deutschlands größtem 2001 gegründeten kommunalen Krankenhauskonzern schon einmal die Insolvenz. Damals plante die Geschäftsführung die Schließung einzelner Kliniken. Der Verlust lag bei über 29 Millionen Euro, 17 Millionen mehr als geplant.

Jetzt wird Vivantes das Geschäftsjahr 2020 wohl mit einem Verlust von 64 Millionen Euro abschließen. Allein 36,8 Millionen Euro seien „negative Corona-Effekte“.

Besonders dramatisch ist der bauliche Instandhaltungsbedarf. Allein der „alte“ Instandhaltungsstau werde bis 2024 wohl mindestens 441 Millionen Euro betragen. So viel Geld also müsste die Klinik aufbringen, um bereits heute absehbar notwendige bauliche

Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen umzusetzen.

Die „Instandhaltungslücke“ werde bis 2029 erwartbar 900 Millionen Euro betragen. Sie könnte sogar auf rund 1,1 Milliarden Euro anwachsen. Summen, die nicht „aus dem laufenden Geschäftsbetrieb finanzierbar“ seien (Angaben des Vivantes-Konzerns). „Um seiner Verantwortung für Berlin gerecht zu werden und eine leistungsfähige Versorgung aufrechtzuerhalten, benötigt das Unternehmen in den kommenden zehn Jahren Investitionen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro“, erklärt eine Sprecherin von Vivantes.

Aus eigener Kraft könne das nicht bewältigt werden.

Dazu zwei Anmerkungen:

Die beigefügte Tabelle zeigt sehr deutlich, wie sehr sich der Berliner Senat aus seiner gesetzlichen Verpflichtung gestohlen hat, die notwendigen Investitionen zu finanzieren.

Betrug 2010 der Eigenanteil von Vivantes an den Investitionen noch ca. 50%, so stieg er auf knapp 75 % im Jahr 2019. Das Land hätte alles finanzieren müssen. Bewusst treibt der rot-rot-grüne Senat Vivantes in die Insolvenz.

Zugleich ist es eine altbekannte Methode, einen öffentlichen Betrieb in die Pleite zu treiben, um die Bedingungen für eine Privatisierung zu schaffen.

Unverantwortlich! Der Senat muss endlich alle Investitionskosten übernehmen – im Interesse der Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen in Berlin.

Die respektlosen Angriffe auf das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht sind alarmierend und können nicht unwidersprochen bleiben

Erfahrungen für eine dringend notwendige Diskussion in den Gewerkschaften

Immer wieder und in den letzten Jahren zunehmend erleben wir eine Missachtung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation und des Streikrechts nicht nur privater, sondern auch öffentlicher Arbeitgeber und die in ihrem Auftrag handelnden Geschäftsführungen. Vor allem in ausgegründeten und tariffreien Bereichen lassen sich gewerkschafts- und arbeitnehmerfeindliche Willkürakte immer dann feststellen, sobald sich Kolleginnen und Kollegen in diesen Betrieben engagieren und gegen Lohndumping und für die Reintegration in die Flächentarifverträge mit ihren Gewerkschaften den Kampf aufnehmen. Aber auch in den Kernbereichen des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge wird nicht nur mit harten Bandagen gekämpft, sondern werden die Arbeitnehmerrechte der Arbeitnehmer*innen infrage gestellt.

Die Arbeitnehmer*innen benötigen das Streikrecht und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, um den Unternehmern überhaupt auf gleicher Augenhöhe begegnen zu können. Sie wären deren wirtschaftlicher Macht ebenso wie dem Staat als Arbeitgeber schutzlos ausgeliefert.

Das Grundrecht auf Streik ist verfassungsrechtlich durch Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG) garantiert. Auch wenn dieses Recht in dem Grundgesetz-Artikel explizit nicht erwähnt wird, ist sein verfassungsrechtlicher Schutz im Rahmen der Koalitionsfreiheit allgemein anerkannt und durch Rechtsprechung ausgestaltet.

Berliner Erfahrungen aus den öffentlichen Krankenhäusern Vivantes und Charité

Das vom Grundgesetz geschützte Organisations- und Streikrecht ist also eine grundlegende demokratische Errungenschaft. Es ist nicht zu akzeptieren, dass diese Grundlage der Demokratie ausgerechnet von landeseigenen Unternehmen in Verantwortung des rot-rot-grün regierten Berlin mehrfach und wiederholt infrage gestellt werden konnte und weiterhin wird.

Die Ausgründungen aus landeseigenen Unternehmen in Tochterfirmen zum Zwecke des Lohndumpings schlossen schon die Tariffucht ein. Das bedeutete gleichzeitig nichts anderes als den Versuch der Geschäftsleitungen, gewerkschaftsfreie Zonen herzustellen. Tatsächlich dauerte es oft viele Jahre, bevor überhaupt wieder gewerkschaftliche Strukturen in den Tochterfirmen entstehen konnten.

In diesem Umfeld konnten Geschäftsführungen in öffentlichen Unternehmen ihre anti-gewerkschaftliche

Respektlosigkeit kultivieren, die auch in den Muttergesellschaften Raum ergriffen hat.

Ein Lehrstück hierfür war unlängst in dem Berliner kommunalen Vivantes-„Konzern“ zu verfolgen.

Vivantes Geschäftsführung versucht, ein gerichtlich angeordnetes Streikverbot zu erwirken

In der von ver.di initiierten Berliner Krankenhausbewegung „Mehr Personal und TVöD für Alle“ haben sich die Kolleginnen und Kollegen der Mutter- und Tochterbetriebe von Vivantes und Charité – bisher in dieser Form einmalig – in einem gemeinsamen Kampf vereinigt. An die Geschäftsführungen und den Berliner Senat erging ein 100-Tage-Ultimatum, das von diesen ignoriert wurde. Dieser Versuch, den Kampf „auszusitzen“ durch Verweigerung von verhandlungsfähigen Angeboten, war schon allein eine gewerkschaftsfeindliche Respektlosigkeit. Was folgte war der Streik, dem sich speziell die Vivantes Geschäftsführung mit einem Gerichtsverfahren zu entledigen versuchte.

Es ist ein wichtiger Erfolg, dass der Versuch der Vivantes-Geschäftsführung in dieser Auseinandersetzung mit einem gerichtlichen Streikverbot ein Exempel zu statuieren, gescheitert ist. Mit der Begründung, ein „*Streik ohne Notdienst könne zu einer Gefahr für Leib und Leben von Patienten führen*“ und es obliege „*dem Arbeitgeber, die Einzelheiten des Notdienstes festzulegen*“, spielte das Gericht mit dieser „vorsorglichen Untersagung“ des Streiks der Geschäftsführung zunächst in die Hände. Das hätte dazu geführt, dass der Arbeitgeber bestimmt, in welchem Umfang gestreikt wird – eine elementare Einschränkung des Streikrechts.

Bei der am nächsten Tage erfolgten Aufhebung der einstweiligen Verfügung stellte das Gericht dann klar: „*Der Streik sei auch nicht mangels Notdienst zu untersagen. (...) Mit den [von ver.di] zugesagten Notdiensten sei dieser für den verbleibenden Streikzeitraum hinreichend gewährleistet. Eine Vereinbarung von Notdienstregelungen sei nicht erforderlich.*“ Diese Klarstellung verteidigt das Streikrecht auch im Krankenhaus: Notdienstvereinbarungen können, aber müssen nicht geschlossen werden.

Es bestätigt, was ver.di in dem Flyer „Mit Recht in den Streik“ schreibt: „*In Arbeitskämpfen darf die Geschäftsleitung keine „Notdienstarbeiten“ einseitig organisieren und einzelne Arbeitnehmer*innen dazu verpflichten. Die Regelung der Modalitäten eines arbeitskampfbedingten Notdienstes ist gemeinsame Aufgabe des Ar-*

beitgebers und der streikführenden Gewerkschaft bzw. der Streikleitung. Notdienstarbeiten dürfen nur zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Dienstleistungen oder Gütern oder zur Erhaltung der Substanz des Eigentums, nicht jedoch zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes verlangt werden.“ (Hinweis: Eine ausführlichere Darstellung des geschilderten Falls findet sich in dem Artikel „Der Versuch, ein Streikverbot zu bewirken, ist gescheitert“ in der Zeitschrift *Soziale Politik & Demokratie*, Nr. 455, 06.09.2021, S.8).

Die Provokation der Vivantes-Geschäftsführung hat aber nicht nur eine juristische, sondern auch eine weitere, nämlich politische Dimension:

Meike Jäger, Verhandlungsführerin von ver.di im Tarifkampf für mehr Personal und den TVöD für alle bei den Tochterunternehmen und ver.di-Bezirksfachbereichsleiterin im Fachbereich Gesundheit, hat es auf den Punkt gebracht: *„Die im Grundgesetz festgeschriebene Koalitionsfreiheit und damit das Streikrecht gelten auch für die Beschäftigten der Krankenhäuser. Es ist ein Unding, dass diese grundlegende demokratische Errungenschaft ausgerechnet von landeseigenen Unternehmen im rot-rot-grün regierten Berlin infrage gestellt wird.“*

Der Regierende Bürgermeister, Michael Müller, erklärte am gleichen Tag zu der Gerichtsentscheidung auf einer Pressekonferenz: *„Es ist eine ganz klare Haltung des Senats, es ist eine ganz klare Haltung von mir: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Chance haben zu streiken. Punkt. Dazu kann es keine zwei Meinungen geben und da kann es auch keine andere Position in einer Geschäftsleitung geben.“*

Diese Position ist eindeutig, aber wo kann eine in einem landeseigenen Unternehmen eingesetzte Geschäftsführung den Mut und den Willen hernehmen, dem diametral entgegenzuhandeln?

Die politische Dimension lautet also: Der noch amtierende Senat wie der designierte rot-grün-rote Senat haben als Arbeitgeber die Verantwortung und Pflicht, dem Streikrecht in seinen landeseigenen Unternehmen uneingeschränkt Geltung zu verschaffen!

Das geschilderte Vorgehen der Vivantes Geschäftsleitung, in der Auseinandersetzung für *„Mehr Personal und TVöD für Alle“* in Berlin das Streikrecht durch Erwirken einer gerichtlichen Verfügung auszuhebeln, war kein Einzelfall. Ganz im Gegenteil: Es steht in der unrühmlichen Kontinuität von anti-gewerkschaftlichen Angriffen und Willkürmaßnahmen gegen Streikende in den Tochterunternehmen von Vivantes und Charité seit sich die Kolleginnen und Kollegen in diesen Betrieben gewerkschaftliche organisiert und mobilisiert haben.

Die reichhaltigen Facetten anti-gewerkschaftlicher Angriffe

Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Aktivität sowie das Streikrecht gelten auch für die Be-

schäftigten der Krankenhäuser – und zwar für alle! Die Beispiele im Folgenden aus den letzten Jahren geben Zeugnis von den Methoden der Geschäftsführungen bei den Tochterfirmen, mit denen versucht wurde, diese Rechte auszuhebeln.

Vivantes Service GmbH (VSG)

2017 bildeten die Kolleg*innen eine ver.di Tarifkommission und nahmen den Kampf für den TVöD im Vivantes Tochterunternehmen VSG auf. Gleich zu Beginn der Auseinandersetzung, im März 2017, erteilte die Geschäftsführung ver.di ein Hausverbot bei einem Warnstreik im Klinikum in Friedrichshain. Kurze Zeit darauf gab es einen erneuten Angriff auf die Streikaktivitäten, der vor allem gegen das von den Kolleg*innen formulierte und verfolgte Ziel der Rückführung gerichtet war: Als die Forderung nach Auflösung der Tochter und Rückführung in die Muttergesellschaft auf einem Streikflugblatt der VSG erschien, ging die Geschäftsführung gerichtlich gegen ver.di vor mit dem Ergebnis, dass der Streik für illegal erklärt und eine einstweilige Verfügung verhängt wurde.“

In einem Brief an die Kolleginnen und Kollegen der Vivantes Service GmbH und der Charité CFM Facility Management GmbH vom 27.04.2017 antwortete der ver.di-Bezirksvorstand Berlin darauf unmissverständlich:

(...) Es ist heftig zu kritisieren, wenn die Geschäftsführung, anstatt zu verhandeln, die Gerichte bemüht. (...)

Der ver.di Bezirksvorstand Berlin tritt, wie der ver.di Bundeskongress, für ein uneingeschränktes Streikrecht ein. Dies gilt es auf vielen Wegen einzufordern und durchzusetzen. (...)

Wir stehen zu dem Recht, für den Erhalt eigener Arbeitsplätze und Tarifverträge streiken zu können. Ein öffentliches Unternehmen wie die VSG hätte den Weg zum Gericht unterlassen müssen! (...)

Nach einem 52-tägigen Streik endete Mitte 2018 die Auseinandersetzung mit dem Abschluss eines Haustarifvertrages auf 90% TVöD-Niveau bis zur Wiederaufnahme des Tarifkampfes 2021.

Charité Physiotherapie- und Präventionszentrum GmbH (CPPZ)

Im Mai 2018 begannen die Therapeut*innen der aus der Charité ausgegliederten CPPZ GmbH den Kampf für den TVöD. Die CPPZ-Geschäftsführung legte erst in der 5. Verhandlungsrunde überhaupt ein Gehaltsangebot vor. Als die Tarifkommission die Belegschaft in einer Betriebsversammlung darüber informieren wollte, verbot die Geschäftsführung diese Versammlung. Der Betriebsrat musste erst vor das Arbeitsgericht ziehen und sich das bestehende Recht entsprechend Betriebsverfassungsgesetz erstreiten, damit die Betriebsversammlung dann am 20. September 2018 stattfinden konnte.

Der gemeinsame Kampf der Kolleg*innen von CPPZ und VTD (Vivantes Therapeutische Dienste) endete

erfolgreich mit dem Beschluss des Berliner Senats, die beiden Tochterfirmen in die Mutterunternehmen zurückzuführen.

Charité Facility Management (CFM)

Ein höchst alarmierendes Beispiel für die Verschärfung der Angriffe auf die fundamentalen Gewerkschaftsrechte boten die gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten der Geschäftsführung der Charité-Tochter CFM, die über arbeitsrechtliche Maßnahmen bis hin zu fristlosen Kündigungen mitten in den Tarifverhandlungen für „TVöD für Alle“ das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Streik aktiv bekämpft hat:

Im Juli 2020 hat die Geschäftsführung einen Werkvertrag mit der Firma „GO! Logistik Express“ abgeschlossen und begonnen, aktive, streikbereite Kolleg*innen zu ersetzen. Es fanden Gespräche eines „Personaldienstleisters“ mit gewerkschaftlich aktiven Mitarbeitern der Charité/CFM statt, allem Anschein nach, um die entsprechenden Mitarbeiter herauszukaufen. Im August und September 2020 berichteten Kolleginnen und Kollegen aus der Reinigung von Einschüchterungen in den Worten: *„Wenn Ihr Euch bei ver.di organisiert, verliert ihr Euren Arbeitsplatz“*.

Höhepunkt war die Torpedierung der Tarifverhandlungen durch die außerordentlichen, fristlosen Kündigungen gegen drei von vier Mitgliedern der ver.di-Verhandlungskommission (eine der Kündigungen wurde in eine Abmahnung umgewandelt) im Oktober 2020.

Die ver.di-Tarifkommission hat diese Vorgehensweise nicht akzeptiert und verdeutlicht, dass allein sie über ihre Delegation bestimmt, nicht der Arbeitgeber. Der Kollege Daniel Turek, dem die Geschäftsführung gekündigt hatte, führte die von der Tarifkommission bestimmte ver.di-Verhandlungskommission weiter.

Der ver.di Bezirksfachbereichsvorstand Gesundheit *„verurteilt die gewerkschaftsfeindlichen Machenschaften der Geschäftsführung“* der CFM *„auf das Schärfste. Tarifkommission und Verhandlungskommission*

sind gewählte ver.di Gremien und über die Zusammensetzung bestimmen einzig und allein die ver.di Mitglieder“.

Die ver.di-Verhandlungskommission, geführt von dem gekündigten Kollegen Daniel Turek, erreichte dennoch in einem Schlichtungsverfahren Ende 2020 bis Anfang 2021, gestützt auf einen über 80 Tage währenden Streik, einen Tarifvertrag, der für die Beschäftigten der CFM einen großen Sprung raus aus dem Niedriglohn bedeutete. Von der Geschäftsführung wurden die Willkürmaßnahmen trotz des Schlichtungsergebnisses im Tarifstreit nicht zurückgenommen.

Der rot-rot-grüne Berliner Senat hat hinsichtlich der Repressionen von Seiten der Geschäftsführung nicht eingegriffen, obwohl er von der Tarifkommission, der ver.di-Betriebsgruppe der CFM und - nicht zuletzt - von einer Solidaritäts-Unterschriftensammlung, die auch über Berlin hinaus ein breites Echo gefunden hat, dazu aufgefordert wurde.

Labor Berlin GmbH

Die Gesellschafter Vivantes und Charité lehnten es ab, ihre gemeinsame Tochter Berlin Labor GmbH, größtes Krankenhauslabor Europas, an den Tarifverhandlungen für den TVöD bei den Vivantes Tochtergesellschaften teilnehmen zu lassen. Nachdem Kolleg*innen des Labor Berlin eine Unterschriftensammlung gegen den Ausschluss dieses Unternehmens aus den Tarifverhandlungen initiiert hatten, zogen beauftragte Laborärzte über die KollegInnen mit massiven und andauernden Einschüchterungsmaßnahmen her, ungeachtet viel zu großer Arbeitsüberlastung während der Pandemie. Es gab E-Mails der Geschäftsführung mit der Drohung, das Labor mit über 600 Mitarbeiter*innen würde in Konkurs gehen und die Kolleg*innen verlören ihre Arbeit. In kleinen Teams wurden Video-Konferenzen der Vorgesetzten angeordnet, um den Kolleg*innen den Verzicht auf ihren zustehenden Lohn aufzuzwingen.

Auch die Kolleg*innen des Labor Berlin haben sich an



Dokument

*„Auf diesem Wege fordern wir Sie daher auf, auf Vivantes einzuwirken, um diesen Umgang mit den Kolleg*innen zu beenden, da es sich aus unserer Sicht um gewerkschaftsfeindliche Machenschaften handelt und demokratische Grundrechte mit Füßen getreten werden.“*

Offener Brief der ver.di Betriebsgruppe des Vivantes Klinikum Spandau an die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses zur Lage der Tochterbeschäftigten bei Vivantes

Berlin, den 16.11.2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die ver.di Betriebsgruppe Spandau hat über Vorfälle an verschiedenen Standorten des Betriebes Kenntnis erlangt. Wir wenden uns daher mit einem Appell an Sie. Das kann auch einem Hilferuf gleichgesetzt werden. Als Vertreter*innen des Landes Berlin, das Eigentümer von Vivantes ist, schildern wir Ihnen, wie mit Kolleg*innen seit Beginn der Berliner Krankenhausbewegung umgegangen wurde und weiterhin wird. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung, dass die Vereinbarungen aus dem unterzeichneten Eckpunktepapier der Vivantes Töchter wie z.B. das Maßregelungsverbot umgesetzt werden. Weiterhin hoffen wir darauf, dass Sie dafür Sorge tragen, dass die Mitarbeiter*innen bei Vivantes mit Anstand, Würde und Respekt behandelt werden.

Das sollten auch Ihre Erwartungen, an einen Geschäftsführer im jeweiligen Tochterunternehmen sein.

Seit Beginn dieser Kampagne und auch jetzt nach Unterzeichnung des Eckpunktepapiers, sind und bleiben die prekären Arbeitszustände in den Tochterunternehmen gleich oder sind teilweise sogar noch schlimmer geworden.

Folgende Vorfälle betreffen streikende Kolleg*innen, Streikleitung und Tarifkommissionsmitglieder:

1. Massive Drohungen der Geschäftsführer der Tochterunternehmen in Form von: Arbeitsplatzverlust, Abmahnungen, streikbedingte Abwesenheit wird als unentschuldigtes Fehlen angesehen, Einschüchterung der Kolleg*innen.
2. Drohung, dass Bereiche Insolvenz anmelden müssten.
3. Drohung von kalter Aussperrung.
4. Strafversetzungen an streikfreien Tagen.
5. Verteilung haltloser Abmahnungen.
6. In Abmahnungen werden Urkundenfälschungen unterstellt ohne dass externe, abschließende, rechtliche Prüfungen oder Anzeige gegen Dritte wie z.B. unabhängige Schriftprüfer oder eine Anzeige gegen Dritte eingeleitet wurden. Statteiner Kündigung, die nicht ausgesprochen werden konnte, folgten "nur" ungerechtfertigte Abmahnungen, die bisher nicht zurückgenommen wurden.
7. Teilweise massiver Lohnverlust durch nicht korrekte Dokumentation der Dienstpläne.
8. In Bistros anderer Standorte von Vivantes wurden aktive ver.di Kolleg*innen aufgefordert, die Bistros (Personalkantine) zu verlassen bzw. dort nicht mit dem Personal zu sprechen und diese nicht mehr aufzusuchen.
9. An streikfreien Tagen wurden die Kolleg*innen so mit Arbeit bombardiert, dass wie im Akkord gearbeitet werden musste. Pausen waren aufgrund der hohen Arbeitsdichte meist nicht möglich. Massives Schneiden der streikenden Kolleg*innen auch im Nachgang.
10. Dauerhaft unterbesetztes Arbeiten. In vielen Bereichen der Normalzustand. Z.B. erledigen bei der Speiseversorgung zwei Kolleg*innen die Arbeit von fünf oder bei VivaClean müssen zwei bis drei Stationen gereinigt werden statt normalerweise eine Station.

Diese Zustände sind nicht erst im Streik entstanden. Einige sind schon lange gang und gäbe in diesem Unternehmen.

Es gibt Zeitvorgaben wie lange eine Reinigungskraft für ein Patientenzimmer aufzuwenden hat: Ganze 5 Minuten auf Grundlage einer Computerberechnung. Wie soll so dem Hygiene-Plan Rechnung getragen werden?

Am Fließband im Speiseversorgungszentrum kommt es vor, dass Kolleg*innen mit Müll werfen werden, weil Akkordarbeit an den Bändern verlangt wird. Das können doch nicht die Zustände sein, die Abgeordnete als menschenwürdig empfinden!

Wir sind Menschen und keine Roboter!

So sieht leider der Normalzustand in den Tochterunternehmen bei Vivantes aus. Es wird Zeit, diese menschenverachtenden Methoden zu unterbinden, damit jeder Beschäftigte endlich wieder gern zur Arbeit geht und sich auch wieder als Mensch fühlen darf. Auf diesem Wege fordern wir Sie daher auf, auf Vivantes einzuwirken, um diesen Umgang mit den Kolleg*innen zu beenden, da es sich aus unserer Sicht um gewerkschaftsfeindliche Machenschaften handelt und demokratische Grundrechte mit Füßen getreten werden.

Gerne sind wir bereit Ihnen vor Ort die dramatische Lage deutlich zu machen. Wir bitten um eine Rückmeldung Ihrerseits.

Mit freundlichen Grüßen

Die ver.di Betriebsgruppe Vivantes Klinikum Spandau

die Parteien des Berliner Senats gewandt. Sie wollten Teil der von ver.di initiierten Krankenhausbewegung für „Mehr Personal und TVöD für Alle“ sein. SPD-Abgeordnete haben sich bei einem Besuch des Labor Berlin für die Reintegration in den Tarifikampf der Tochterunternehmen eingesetzt. Das Ergebnis des Gesprächs? Gleich Null! Auch hier stellt sich die Frage: Wer regiert eigentlich die Stadt, wer bestimmt das Geschehen in den öffentlichen Unternehmen?

**Auch nach dem Streik:
Es wird von Einschüchterungen und Repressalien berichtet ...**

Tarifauseinandersetzung enden mit Kompromissen. Dass Geschäftsführungen versuchen, die Ergebnisse mit verschiedenen Mitteln (beispielsweise durch Nichtverlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen oder Arbeitszeitverkürzungen) zu kompensieren, ist an sich nichts Neues. Sie versuchen damit immer wieder, ausgehandelte Tarifverträge zu unterlaufen. Dieses Vorgehen ist inakzeptabel und muss bekämpft werden durch die Kontrolle der Umsetzung der Tarifverträge durch die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, Vertrauensleute, Tarifkommissionen und auch die Betriebs- und Personalräte.

Aber es gibt eine weitere Ebene, die absolut skandalös ist: Immer wieder wird zum Beispiel Kolleginnen und Kollegen, die sich am Streik beteiligt haben, von Vorgesetzten vorgehalten, ihre Arbeitsbereitschaft vernachlässigt zu haben. Unterschwellig wird ihnen unterstellt, die nicht am Streik beteiligten Kolleginnen und Kollegen allein gelassen zu haben, gerade in der Corona-Pandemie. Es gibt Berichte, dass Teams auf Krankenhausstationen nach den Streiks auseinandergerissen wurden. Wegen formaler Fehler bei der Zeiterfassung während einer Streikbeteiligung kommt es zu Abmahnungen, ohne klärende Gespräche zu suchen.

Einschüchterungsversuchen und Repressalien gegenüber Streikteilnehmer*innen darf kein Platz gelassen werden. Individuellen Rechtsschutz durch die Gewerkschaft zu gewähren, ist wichtig und vielfach auch erfolgreich. Die Angriffe müssen aber auch öffentlich unmissverständlich zurückgewiesen werden – mit allen gewerkschaftlichen Mitteln.

Es sind allein die Geschäftsführungen, die dem Klima der Verunsicherung und der Einschüchterungen den Boden bereiten. Die Geschäftsführungen handeln damit gegen das garantierte Maßregelungsverbot: *„Maßregelungen durch den Arbeitgeber wegen der Teilnahme am Streik sind verboten. Gegenteilige Behauptungen der Arbeitgeber sollen nur verunsichern.“* (ver.di Flyer „Mit Recht in den Streik“)

Die Streikenden haben im laufenden Kampf bei Charité und Vivantes ihre Antwort gegeben: „Es ist der Normalzustand und nicht der Streik, der die Patienten gefährdet.“ Es waren und sind die Kolleg*innen, die das Gesundheitswesen und die Krankenhäuser verteidigen.

Es muss noch einmal betont werden, dass für die genannten Unternehmen der eigentliche Arbeitgeber dieser ausgegliederten Bereiche, die zu 100 Prozent in öffentlicher Hand sind, der Berliner Senat ist. Das Schweigen des Senats zu all den wiederholten Fällen antigewerkschaftlichen Vorgehens der Geschäftsführungen ist inakzeptabel.

Wegen der strukturellen Unterlegenheit des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber schützen das Koalitionsrecht und das Streikrecht kollektiv die Arbeitneh-

Dokument

**„Wir fordern unsere
Gewerkschaftsrechte ein!“**

„Die Akzeptanz der Gewerkschaften und der Respekt vor der gewerkschaftlichen Aktivität ist zumindest in einigen landeseigenen Tochterunternehmen – vornehm gesagt – wenig ausgeprägt. Aber mehr als das: In verschiedenen Fällen hat es direkt gewerkschaftsfeindliche Akte von Geschäftsführungen gegeben.

Die Kolleginnen und Kollegen erwarten ein entschiedenes Eintreten des öffentlichen Arbeitgebers gegen alle Versuche, gewerkschaftliche Strukturen zu behindern oder zu bekämpfen oder das Recht auf gewerkschaftlichen Streik zu untergraben. Derartige Vorfälle sind unerträglich und verlangen das Eingreifen der Exekutive in allen Unternehmen bis hin zu den Töchtern und Tochtertöchtern (und nicht nur seinen eigenen).

Der Artikel 9 Absatz 3 GG garantiert das Recht auf unabhängige Gewerkschaften. ver.di geht davon aus, dass dieses Recht als elementarer Bestandteil der Demokratie von allen Parteien zu respektieren wird. Das gilt auch für das Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Organisation und Streik. Jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin hat das Recht, sich für seine/ihre Interessen gewerkschaftlich zu organisieren und zu kämpfen. Die Betriebsgruppen, Vertrauensleute und ihre Arbeit sind Ausdruck der Verwirklichung dieses Rechtes. Dieses Recht kann keinem Beschäftigten durch eine Unternehmensleitung oder einen Vorgesetzten genommen werden.

Das fordert ver.di nicht nur für die privaten Arbeitgeber ein, sondern dies gilt für sämtliche Unternehmen in Landesverantwortung, wie auch für Unternehmen, die im Auftrag des Senats arbeiten.

ver.di wird jeder Form von Unterdrückung gewerkschaftlicher Arbeit aktiv entgegenzutreten, sei es die Unterminierung von Beschäftigtenrechten mit Streikbrechen, seien es Ausgliederungen oder andere Arbeitskampfmaßnahmen der Arbeitgeber.

Wir gehen davon aus, dass der Berliner Senat allen Versuchen, diese Rechte zu beschneiden, aktiv entgegenzutreten wird.“

ver.di Berlin „Positionen zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen 2021“, Seite 32:

mer und das Arbeitsrecht individuell die Arbeitnehmer. Alle Erfahrungen zeigen: Der Respekt vor dem Recht auf gewerkschaftliche Organisation und vor dem Streikrecht müssen tagtäglich verteidigt werden.

Dazu gehört aber auch – an allererster Stelle von dem öffentlichen Eigentümer der Unternehmen, dem Senat – zu verlangen, dass diese Angriffe politisch offensiv beantwortet werden. Letztendlich trägt der Senat allein die Verantwortung für das Gebaren der Geschäftsführungen in den landeseigenen Unternehmen. In diesem Sinne ist die zitierte Stellungnahme von ver.di Berlin (siehe Infokasten auf der vorherigen Seite) ein wichtiger Ausgangspunkt. Denn in den Auseinandersetzungen ist klargeworden, dass ohne unser Engagement der eigentliche Arbeitgeber, der Senat, den Geschäftsführungen nicht in den Arm fallen wird.

Jede entschiedene Antwort auf jegliche Willkürakte gegen gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht ist zugleich ein Schritt für die Rückeroberung des bedingungslosen, uneingeschränkten Streikrechts auch gegen strategische Unternehmensentscheidungen wie Privatisierungen und Entlassungen ebenso wie gegen arbeitnehmerfeindliche Antireformen durch Regierungsentscheidungen.

Mit dem Hintergrund der Erfahrungen des Kampfes gegen prekäre Arbeit und Tariffucht in den Berliner landeseigenen Unternehmen stellt sich unaufhörlich die Frage, wie wir den Angriffen auf die gewerkschaftliche Organisation und Mobilisierung und das Streikrecht in unserer gewerkschaftlichen Arbeit praktisch und erfolgreich begegnen können.

Volker Prasuhn, Dezember 2021

Dokument

Eine Erklärung gegen den Versuch des Streikverbots, die von Kolleginnen und Kollegen von Vivantes, Charité und Tochterbetrieben veröffentlicht wurde, fand ein breites Echo...

Streikverbot der Vivantes-Geschäftsführung bricht das Streikrecht des Grundgesetzes

Ein öffentliches Unternehmen unter Verantwortung eines rot-rot-grünen Senats verstößt gegen das grundgesetzlich geschützte Streikrecht!

Wir halten fest:

- Das Streikrecht ist vom Grundgesetz geschützt.
- Es gilt auch für die Beschäftigten der Krankenhäuser. Dass es von den Unternehmensführungen durch Verweigerung und Verschleppung von Notdienstvereinbarungen außer Kraft gesetzt wird, ist ein nicht zu akzeptierender Angriff auf das Streikrecht.
- Es ist eine grundlegende demokratische Errungenschaft. Es ist nicht zu akzeptieren, dass es ausgerechnet von landeseigenen Unternehmen in Verantwortung des rot-rot-grün regierten Berlin infrage gestellt wird.

Wir fordern:

Der rot-rot-grüne Senat als Arbeitgeber hat die Verantwortung und Pflicht, die Willkürmaßnahmen gegen die Streikenden aufzuheben und sofort dem uneingeschränkten Streikrecht Geltung zu verschaffen!

Wir rufen alle Kolleg*innen auf, besonders alle gewerkschaftlich organisierten Kolleg*innen der Krankenhäuser und Unikliniken, aktiv zu werden und die folgenden Forderungen zu unterstützen und zu unterzeichnen:

- Verteidigt das Streikrecht, dieser Übergriff könnte bundesweit Schule machen!
- Protestiert gegenüber dem Berliner Senat!
- Schickt Solidaritätsadressen!
- Diskutiert über das uneingeschränkte Streikrecht bei allen Wahlkampfveranstaltungen mit den Kandidat*innen; diskutiert über die Umsetzung der Forderungen nach „Mehr Personal“ und „TVöD für Alle“

*Diese Erklärung wurde innerhalb weniger Stunden von Dutzenden, in wenigen Tagen von weit über 100 Vivantes-Kolleg*innen und Gewerkschaftsverantwortlichen unterschrieben und fand Unterstützung aus dem ganzen Bundesgebiet: aus NRW, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Bremen, aus den verschiedensten Einrichtungen, Kliniken, Stadtverwaltungen, von Betriebs- und Personalräten und aus der ver.di Jugend.*



Resolution der Videokonferenz des Politischen Arbeitskreises Gesundheit am 30. Oktober 2021

Für die Verteidigung und Wiederherstellung der öffentlichen Krankenhäuser,
einer verantwortungsvollen Gesundheitsversorgung...

- zentrale Säule der öffentlichen Daseinsvorsorge

Für Mehr Personal – TVöD für Alle

Trotz der Notstandssituation, die sich im Verlauf der Corona-Pandemie an den Krankenhäusern noch verschärfte, verfolgen die Bundes- und alle Länderregierungen weiter ihre Kaputtsparpolitik, den Dumping-Wettbewerb bei Lohn- und Versorgungsleistungen und halten an dem zerstörerischen DRG-System fest.

Die Situation ist und bleibt dramatisch.

- Ärzte schreiben in einem Solidaritätsbrief an die Streikenden von Vivantes und Charité: *„...wir sehen tagtäglich wie die Unterbesetzung in der Pflege zu einer Gefährdung der Patient*innen führt und wie das Arbeitspensum die Pflegenden selbst gefährdet...“* (Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte).
- Streikende Kolleg*innen warnen immer wieder: *„Wir können nicht mehr“*. *„Wir sind an unserer Belastungsgrenze. Wie sollen wir unsere schwerkranken Patienten angemessen betreuen?“*
- Der Pflegenotstand in Berliner Kinderkliniken hat *„ein gefährliches Ausmaß erreicht“* (Verband der Leitenden Kinderärzte und Kinderchirurgen). Viele Betten mussten gesperrt und kranke Kinder nach Brandenburg verlegt werden.
- Ein verantwortlicher Arzt der Charité gibt dieser Tage bekannt, dass für die neue Welle von Covid-Patient*innen weniger Intensivbetten zur Verfügung stehen als letztes Jahr, da Personal gekündigt hat.
- Und auch die Politik von Krankenhausprivatisierungen und -schließung geht weiter. Beispielhaft zu nennen sind das Wenckebach-Krankenhaus in Berlin und das Krankenhaus Holweide in Köln. Diese Politik stößt auf großen Widerstand, nicht nur bei den Beschäftigten, sondern auch bei der Bevölkerung.
- Am privatisierten Uni-Klinikum Gießen-Marburg hat eine ganze Pflegestation kollektiv gekündigt, da *„spürbare Verbesserungen leider nicht erfolgt sein.“*
- Am Uni-Klinikum Frankfurt (UKF) schreiben 150 Pflegekräfte in einem Brandbrief: *„Die Belastungsgrenze ist längst überschritten. ... Die personelle Situation an den Intensivstationen (...) ist zunehmend unerträglich. (...) Die Arbeitsbelastung ist jetzt schon seit über einem Jahr deutlich erhöht und*

die Erschöpfung der Mitarbeitenden nimmt täglich zu...“

Der wochenlange Streik der Beschäftigten von Charité und Vivantes in Berlin für „Mehr Personal und TVöD für Alle“ hat bundesweit ein Echo gefunden. Es gab Solidarität für die Berlin aus dem ganzen Land, wie z.B. die aktiven Solidaritätsaktionen an der Uniklinik in Frankfurt oder die ver.di Vertrauensleute am privatisierten UK Gießen-Marburg.

Dieser harte Streik, die enorme Kampfbereitschaft der Kolleg*innen, setzt für die Krankenhausbeschäftigten bundesweit eine Perspektive für ihren Kampf für „Mehr Personal und TVöD für Alle“! Beispielhaft zu nennen sind hier auch die Kolleg*innen von Asklepios in Brandenburg, die in einen unbefristeten Streik für den Tariflohn TVöD getreten sind.

Aber wenn es eine Erfahrung gibt, dann die, dass Appelle und gute Argumente nicht reichen.

Nur über den gewerkschaftlich organisierten Kampf können Erfolge erreicht werden.

Halten wir fest: Die Beschäftigten in den Krankenhäusern sehen ihre Verantwortung darin, Tag für Tag, Stunde für Stunde für eine qualifizierte Gesundheitsversorgung der Patient*innen zu handeln. Mit ihren Streiks handeln sie entsprechend ihrer Verantwortung. Es ist der Normalzustand, der die Patient*innen gefährdet und nicht der Streik.

Mit ihren Streiks kämpfen die Kolleg*innen für die Wiederherstellung und Verteidigung einer verantwortungsvollen Gesundheitsversorgung.

Wo bleibt das verantwortliche Handeln der Bundes- und Länderregierungen, für die ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser, für eine qualitative Gesundheitsversorgung durch die zusätzliche Finanzierung von „Mehr Personal“ und „TVöD für Alle“?

Auf Bundesebene haben SPD, Grüne und FDP in ihrem Sondierungsergebnis für die neu zu bildende Bundesregierung angekündigt, dass sie das DRG-System „weiterentwickeln“ wollen. Ein DRG-System, das zum Hauptinstrument wurde für Kostensenkung durch Personalabbau und Niedriglöhne, wie insgesamt zum Abbau der Versorgungskapazitäten bis hin zur Stilllegung und Privatisierung von Krankenhäusern.

Es gibt nur eine Lösung: Eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung und eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser.

Das Gesundheitswesen muss raus aus dem Wettbewerb!

„Die Weiterentwicklung des DRG-Systems ist gescheitert – es gehört abgeschafft!“ schreiben die betrieblichen Interessenvertretungen von 444.615 Krankenhausbeschäftigten in 116 Krankenhäusern in einem Offenen Brief an die bisherige Bundesregierung. Sie lehnen „die Schließung oder Privatisierung von Krankenhäusern, ... entschieden ab.“ Sie fordern „eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kliniken“ und eine „vollständige Refinanzierung der nötigen Investitionen durch die Bundesländer.“

- **Ein Milliardenprogramm der Bundesregierung für die Rettung der Krankenhäuser!**
- **Für die Finanzierung der Einstellung von zusätzlichem Personal und TVöD für Alle!**
- **Für die 100%ige Finanzierung der Investitionen durch die Länderregierungen, entsprechend ihrer gesetzlichen Pflicht!**

In dem jetzigen Tarifkampf Öffentlicher Dienst der Länder geht es nicht nur um mehr Lohn, sondern um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die Rückführung und den TVL/TVöD für alle, für den Stopp der Pläne zu Schließungen und Privatisierungen von Kliniken und Bettenabbau.

Deshalb haben Kolleg*innen aus sechs Bundesländern vor einem Jahr in einer Resolution beschlossen, sich für **einen bundesweiten Tarifkampf aller im Krankenhaus Beschäftigten, für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für „mehr Personal“, auch für die privatisierten und kirchlichen Krankenhäuser, einzusetzen und in ver.di dafür einzutreten.** (veröffentliche im Rundbrief des Politischen Arbeitskreises Gesundheit vom 18.11.2020).

Das steht jetzt konkret auf der Tagesordnung:

Setzen wir uns ein für einen bundesweiten Tarifkampf, organisiert von ver.di, für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für

- „Mehr Personal“: Neueinstellung von notwendigem zusätzlichem Personal!
- Aufhebung aller prekärer Beschäftigung. Rückführungen der ausgegliederten Betriebe in die Krankenhäuser und TVöD für alle, auch in den Töchtern!
- Sofort Stopp aller Pläne zu Schließungen, Privatisierungen von Krankenhäusern.
- Kein Bettenabbau! Keine Verlagerung von Betten aus den öffentlichen Krankenhäusern zu den privaten!

*Einstimmiger Beschluss der Teilnehmer*innen an der Videokonferenz am 30.10.2021, mit Kolleg*innen aus Berlin, von Vivantes, Charité, und Tochterbetriebe, sowie Kolleg*innen aus NRW, Hessen und Baden-Württemberg*

Diese Broschüre ist in Zusammenarbeit mit der Redaktion der Zeitschrift *Soziale Politik & Demokratie* entstanden.

Lest, diskutiert, abonniert die
Soziale Politik & Demokratie

Schreibt Berichte, Stellungnahmen, Diskussionsbeiträge!

Kontakt:

E-Mail: soziale.politik.und.demokratie@t-online.de

Post: Soziale Politik & Demokratie, Postfach 120 364, 10593 Berlin

Webseite: www.sozialepolitikunddemokratie.de

Bestellungen an oben genannte Adresse

Einzelpreis: 2 Euro

Jahresabonnement (inkl. Porto): 50 Euro (erscheint i.d.R. 14-tägig)

Abogebühr bitte überweisen an:

C. Boulboulé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

BIC: BEVODEBB, IBAN: DE42 1009 0000 5629 4550 02

Soziale Politik & Demokratie
Für unabhängige Arbeitnehmerpolitik
Für die soziale Einheit

20. November
Die Politischen Arbeitskreise laden ein zur Diskussion:
„Schaffung einer politischen Kraft für eine Politik und Regierung zur Wiederherstellung der sozialstaatlichen Errungenschaften“

CHARITÉ-VIVANTES
Fortsetzung der Streikchronik
Seite 5 - 7

30. OKTOBER 2021
Einladung zur Videokonferenz
Erfahrungen und Lehren aus dem gemeinsamen Streik Charité und Vivantes
Seite 8

BERLINER SONDERUNGSERGEBNIS
Von RZG zu RGR für eine neue Welle des Kaputtsparens?
Seite 11-12

KRISE DES KAPITALISMUS
Handelskriege
Seite 14 - 16

USA
„Striketober“
Oktober der Streiks
Seite 19

Streik im Einzelhandel 2021
Neue Situation – Neue Regierung
Ihr Programm: verschärfte Agenda
Angriff auf alle sozialstaatlichen Errungenschaften

Streikwelle und harte Tarifkämpfe gegen Reallohnverlust
Preisespllosion bringt Verarmung der Bevölkerung

Forderungen
mehr Geld
bessere
Arbeitsbedingungen

Kampfbüro: Öffentlicher Dienst/ Länder 2021

Nr. 458 28. Oktober 2021 2,00 Euro; Spendenpreis 5,00 Euro

Webseite des Politischen Arbeitskreises Gesundheit:

arbeitnehmerpolitik.wordpress.com/politischer-arbeitskreis-gesundheit/